Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der **Expedition der Zeitung**, Wilhelmstr. 17, **Gust. Ad. Schleh**, Hoflieferant, Gr. Gerberstr.- u. Breitestr.-Ecke, **Otto Niekisch**, in Firma **J. Neumann**, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: **G. Wagner** in Posen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen **R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.**

Verantwortlich für den Inseratentheil: **W. Braun** in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 869

Die „**Posener Zeitung**" erscheint täglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Mittwoch, 12. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm.** angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

3. *Sitzung vom 11. Dezember, 12 Uhr.*

Das Haus ist anfangs nur mäßig, die Tribünen dagegen sind ziemlich gut besetzt. Am Tische des Bundesrathes u. a. Reichskanzler Fürst *Hohenlohe*, Graf v. *Posadowsky*, Frhr. v. *Marschall*, v. *Bronsart*, v. *Bötticher*, Frhr. v. *Berlepsch*, *Miquel*, *Nieberding*, v. *Köller*, sowie zahlreiche Kommissare.

Zunächst wird das bereits bekannte *Ergebniß der Schriftführerwahl* mitgetheilt.

Eingegangen ist ein Schreiben des Reichskanzlers vom 10. Dezember, wonach der Staatsanwalt am Berliner Landgericht I auf Grund des stenographischen Berichts vom 7. Dezember um die *strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht* nachzusuchen und beim Reichstage die Einholung der Genehmigung zur Einleitung des Verfahrens wegen Majestätsbeleidigung zu beantragen beabsichtigt.

Präs. **v. Levetzow** schlägt nach der Praxis des Hauses in ähnlichen Fällen vor, das Schreiben der *Geschäftsordnungskommission zur schleunigen Berichterstattung* zu überweisen. — Das Haus stimmt dem zu.

Eingegangen ist eine *Interpellation* über *Errichtung von Handwerker-* und *Gewerbekammern*.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Abg. **Richter** (Freis. Vpt.): Wir haben Initiativ-Anträge eingebracht vor dem Eröffnungstage mit der Weisung, sie im Augenblick der Eröffnung als eingebracht anzusehen. Gleichwohl sind 10 Nummern unseren Anträgen vorangestellt. Nach unserer Meinung kann die Reihenfolge der Drucksachen nicht entscheidend sein für die Reihenfolge der Berathungen. Diese Frage ist vor der Sitzung in einer Besprechung erörtert worden, an der Vertreter aller Parteien theilgenommen haben. Ich wurde von den Herren beauftragt, den Präsidenten zu ersuchen, baldmöglichst über die *Grundsätze der Priorität der Initiativanträge* an der Hand eines Antrages in der Geschäftsordnungs-Kommission eine Entscheidung treffen zu lassen.

Präsident **v. Levetzow**: Die Nummern, die sich auf den Anträgen befinden, ändern nichts daran, daß die vor der Eröffnung des Reichstages eingebrachten Anträge die Priorität haben, sie dienen nur zur Unterscheidung der Anträge. Der Wunsch des Abg. Richter wird am zweckmäßigsten erfüllt, wenn wir den bezüglichen Antrag auf eine der nächsten Tagesordnungen setzen. Voraussichtlich wird derselbe dann an die Geschäftsordnungskommission überwiesen werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Reichskanzler **Fürst zu Hohenlohe:** (Auf der Tribüne schwer verständlich). Ich ergreife das Wort, um sogleich meine Ansichten über einige Fragen darzulegen, die den Gegenstand ihrer Berathung in dieser Session bilden werden. Bei meinem Eintritt ins Amt ist *kein sogenannter Systemwechsel* eingetreten, wenn *ich auch nicht in allen Punkten mit meinem Vorgänger übereinstimme*. Das konnte um so weniger der Fall sein, als sämmtliche Gesetzentwürfe, wenigstens die meisten, welche Ihnen vorliegen, schon zur Zeit meines Vorgängers bearbeitet sind. *Ich werde allerdings nicht in allen Punkten die Wege meines Vorgängers gehen* (Beifall). *Ich erkläre, daß ich vollendete Thatsachen respektiren und die vertragsmäßig eingegangenen Pflichten loyal erfüllen werde.* (Beifall.) Bezüglich der *Finanzfrage* kann ich mich darauf beschränken, auf einen Punkt hinzuweisen, der mir einer der wichtigsten zu sein scheint: auf das *Verhältniß des Reichs zu den Einzelstaaten in finanzieller Beziehung*, wie es sich für die Bundesstaaten in dem Verhältniß der Matrikularbeiträge zu den Ueberweisungen darbietet. Dieses Verhältniß war als ein vorübergehender Nothbehelf gedacht, und es birgt, so wie es heute liegt, sowohl für die innere politische Festigkeit des Reiches, als auch für die Einzelstaaten selbst die schwerste Gefahr. Das Reich hat ja ein Defizit nicht, weil es in der Lage ist, wenn seine Ausgaben nicht durch eigene Einnahmen gedeckt sind, die Steuerkraft der Einzelstaaten in Anspruch zu nehmen. Diese finanzielle Haftbarkeit läßt eine Sicherheit in den Einzelstaaten vermissen. Noch schwerer, wie die Höhe der Leistungen drückt das Schwanken der Matrikularbeiträge und Ueberweisungen auf die Finanzen der Einzelstaaten, welche trotz aller Pläne und Voraussichten von der Gestaltung der Finanzen des Reiches abhängen. Eine *Finanzreform*, welche diese Abhängigkeitsverhältnisse beseitigt, ohne die Interessengemeinschaft zwischen Reich und Einzelstaaten zu lockern, ist für das Reich eine politische, für die Bundesstaaten eine staatswirthschaftliche Nothwendigkeit. Im Zusammenhang mit der Gestaltung unserer Finanzen steht die Kolonialpolitik. Die Beweggründe, welche das Reich zum Eintreten in die Kolonialpolitik geführt haben, sind wirthschaftlicher, nationaler und religiöser Natur. Die Erfahrungen haben bewiesen, daß es nothwendig sei, den Wettbewerb Deutschlands auf dem Weltmarkt zu sichern und seine internationale Machtstellung zu wahren, und daß man darauf bedacht sein müsse, neue selbständige Absatzgebiete zu schaffen und neuen Raum für die Entfaltung der wirthschaftlichen Kraft. Die bisherige Entwickelung seit zehn Jahren hat diese Auffassung gerechtfertigt. Die dem Reichstage vorgelegten Denkschriften legen davon Zeugniß ab, daß die wirthschaftlichen Beziehungen zu den Kolonien an Ausdehnung gewinnen und der Handel sich vermehrt hat. Es ist in den Kolonien nach Gründung des Reiches ein weiteres *Feld der Thätigkeit für kräftige, nationale Entwickelung* gefunden, und keine Regierung wird dasselbe, das sich in allen Schichten der Bevölkerung großer Theilnahme erfreut, beseitigen wollen. In den Kolonien haben auch überschüssige Kräfte Platz. (Beifall rechts.) Es wäre eine Minderung des deutschen Namens, wenn nicht auch das deutsche Volk theilnehmen wollte an der *Kulturmission*, welche die Menschheit in jenen Gegenden zu erfüllen hat. (Beifall rechts.) Unsere Kolonialpolitik vertritt eine große nationale Idee, sie ist eine Stärkung des Einheitsgedankens. Wir dürfen uns auch von den Nachbarn nicht überflügeln lassen *in der Unterstützung der christlichen Religionsgesellschaften*, die das Kreuz in den dunklen Welttheil tragen. Die Regierung will diese Mission auf alle Weise fördern (Beifall rechts und im Centrum), und die volle Freiheit der Konfessionen wahren. (Beifall im Centrum.) Wir wollen die *deutschen Unternehmer in den überseeischen Ländern schützen*, und die Anwesenheit *deutscher Geschwader in den chilenischen Gewässern* hat die dort ansässigen Deutschen vor Unheil bewahrt. Es hat sich aber gerade im letzten Jahre gezeigt, daß für den steigenden Verkehr unsere Kreuzer nicht ausreichen. Wir müssen mindestens im Stande sein, den überseeischen Interessen bei kriegerischen Verwickelungen denjenigen Schutz zu gewähren, ohne den unsere Unternehmer nicht bestehen können. *Die Lage der Landwirthschaft ist in Folge des ungeahnten Umfanges der Getreideproduktion der fremden Länder in dem letzten Jahrzehnt ungünstiger geworden.* (Hört! hört! rechts.) *Ich muß zugeben, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Jahre mehr der Industrie als der Landwirthschaft zu gute gekommen sind.* (Hört! hört! Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung rechts.) Wir sind bereit, *berechtigte Wünsche zu erfüllen*, nicht indem wir *unlösbaren Problemen* uns zuwenden, aber wir haben den Ernst und den Willen, das Uebel zu heilen. Die *Gewerbegesetzgebung* kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Die Handwerker und kleineren Kaufleute sind mehr zu schützen. (Bravo!) Es wird der Frage der Waarenverkaufs- und Konsumvereine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden, da das Genossenschaftswesen in der letzten Zeit aus dem ihm bestimmten Rahmen herausgetreten ist. Seit Jahren haben die *Maßnahmen zum Wohle der arbeitenden Klassen* die Thätigkeit des Reiches in Anspruch genommen. Wenn nun auch die Interessen der Arbeiter fernerhin nicht außer Acht gelassen werden dürfen, so dürfen doch auch die *Bedürfnisse der Industrie und der Arbeitgeber* nicht vernachlässigt werden. Eine Besserung in dieser Beziehung wird unsere Sorge sein. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Die *Erfahrungen im Börsenwesen* haben dahin geführt, daß der Entwurf zu einer Reform in Vorbereitung begriffen ist, wonach die Auswüchse, die der Börse selbst schaden, beseitigt werden sollen. Eine wichtige Vorlage wird die *Ergänzung des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Preßgesetzes* sein. Dieselbe ist nicht aus einer vorübergehenden Erregung hervorgegangen. Sie ist das Echo von Stimmungen und laut geäußerter Wünsche weitester Volkskreise, die den Lebensnerv des Staates durch die Agitation gegen Monarchie, Eigenthum und Religion bedroht sehen. (Beifall rechts.) Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Klagen begründet sind und die Ursachen darin liegen, daß das Reichsstrafgesetz bewährte Vorschriften, die sich in der Gesetzgebung der Einzelstaaten befunden haben, aufgehoben hat. Man hat versucht, auf dem Wege des Ausnahmegesetzes Abhilfe zu schaffen, und ob dies Gesetz von geringer Wirkung war, lasse ich dahingestellt. Man hat es aber fallen lassen. Der Agitation gegen Monarchie, Religion, Eigenthum, Ehe und alle Grundlagen des Staates kann der Staat nicht ruhig zusehen, sonst geht er zu Grunde. Wir suchen nicht Abhilfe in einem Ausnahmegesetz, sondern in einer Aenderung und Ergänzung des gemeinen Rechtes. Aus unserer Tagespresse habe ich ersehen, daß man auf meine Betheiligung an der Bewegung der 60er und 70er Jahre hingewiesen und daraus Folgerungen gezogen hat. Ich brauche nicht zu versichern, daß diese Besorgnisse jeder Begründung entbehren. Wenn ich auch meine damalige Haltung, den Verhältnissen entsprechend, für berechtigt ansehe, so liegt doch meine Theilnahme an jener Bewegung 30 Jahre zurück. Seitdem haben sich die Zeiten geändert, die Gegenwart bringt andere Aufgaben mit sich. Unsere Zeit weist mehr als je darauf hin, daß es nothwendig ist, ein *freundliches, verständnißvolles Zusammenwirken des Staates und der kirchlichen Autoritäten herbeizuführen*. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.) Mein Verhalten im vorigen Amte legt Zeugniß dafür ab, daß ich diese Grundsätze auch praktisch zu bethätigen weiß. In meiner neuen Stellung werde ich mich bemühen, den Frieden in Staat und Kirche zu erhalten. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.)

Ein schleuniger Antrag Zimmermann auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Werner (Antis.) wird angenommen.

Es folgt die *erste Berathung des Etats*.

Präsident **v. Levetzow** bittet, in der Debatte noch nicht auf die Umsturzvorlage einzugehen, die in den nächsten Tagen auf die Tagesordnung gesetzt werden würde.

Schatzsekretär **v. Posadowsky:** Meine Voraussetzung, daß das Jahr 1893/94 einen Ueberschuß von 4 Millionen bringen werde, hat sich zu meiner Freude nicht nur erfüllt, sondern der *Ueberschuß hat 14 Millionen* betragen. Ohne Weiteres gestehe ich zu, daß die *Einnahmen des laufenden Jahres* als Grundlage für die Etatsaufstellung des künftigen Jahres möglichst genau geschätzt worden, und gerade dieser Unterschied von 10 Millionen gegenüber meiner damaligen Schätzung hat mich veranlaßt, alle Ressorts zu einem genauen Abschluß ihrer Verwaltungsresultate aufzufordern. Bezüglich des *voraussichtlichen Finanzergebnisses des laufenden Jahres* erkläre ich offen, daß die Einnahmen sich wesentlich günstiger gestellt haben, als bei der Etatsaufstellung angenommen war. (Hört, hört! links.) Das ist volkswirthschaftlich eine erfreuliche Erscheinung, finanzwirthschaftlich hat es nichts zu bedeuten. Wir standen bereits 1893/94 einer Mehrausgabe für die Kolonien in Höhe von $2^{1}/_{2}$ Millionen gegenüber, das Jahr 1894/95 wird wiederum eine Etatsüberschreitung im auswärtigen Amt, und zwar besonders für die Kolonien, von einer Million aufweisen, und zwar besonders für Zuschüsse für Südwestafrika und Kamerun. Bei der Verwaltung des Reichsheeres haben wir eine Mehrausgabe von 2 Millionen trotz erheblicher Ersparnisse bei den Verpflegungskosten. $2\,/_{2}$ Millionen sind mehr ausgegeben aus Anlaß der Manöver. In Uebereinstimmung mit dem Kriegsminister hoffe ich, daß wenn die Truppen mit ständigen Uebungsplätzen versehen werden, auch die Flurschäden im Manöver abnehmen werden. Wir haben $18^{2}/_{8}$ Millionen österreichischer Thaler abgeschoben, die pro Stück 2,51 M. ergeben. Der Gesammtverlust dabei beläuft sich auf 4226000 M. Diesen Mehrausgaben stehen nicht geringe Mehreinnahmen gegenüber, zunächst bei der Zuckersteuer. Es wird den Abg. Richter mit einer gewissen Befriedigung erfüllen, daß, obgleich der Einnahmeetat bei der Zuckersteuer um 5 Millionen erhöht ist, wir trotzdem auf eine Mehreinnahme von $5^{1}/_{4}$ Millionen glauben rechnen zu können. Im Etat von 1895/96 dürfte aber bei solider Etatsaufstellung eine Erhöhung nicht vorgenommen werden. Die Salzsteuer ergiebt eine Mehreinnahme von $1^{1}/_{2}$, die Brausteuer von $2^{1}/_{2}$ Millionen. Obgleich die Reichspostverwaltung im Oktober einen Mehrertrag von 2 Millionen erzielt hat, hält sie gleichwohl auf Grund der Erfahrungen in den letzten Monaten des vorigen Jahres bis auf Weiteres daran fest, daß eine *Mindereinnahme* von $1^{3}/_{4}$ Millionen anzunehmen ist. Ebenso befürchtet die Reichseisenbahnverwaltung Mindereinnahmen von $^{3}/_{4}$ Millionen. Kompensiren wir die Mehreinnahmen mit den Mehrausgaben, so gelangen wir zu einem *Ueberschuß von etwa 5 Millionen in der eigenen Bilanz des Reiches*, die wir in den Etat von 1895/96 einstellen können. Rein kalkulatorisch könnten wir bei den *Zöllen* auf einen *Mehrbetrag von 13 Millionen rechnen*, aber durch die Verschiebung der Kredite für die Transitläger sind die Zolleinnahmen aus den Transitlägern bis zum Oktober wesentlich größer gewesen als im Vorjahre, und wir werden im Januar wahrscheinlich erheblich geringere Einnahmen haben. Außerdem zirkuliren noch etwa eine Million nicht realisirter Einfuhrscheine. Auch ergiebt der November blos einen Ueberschuß von 200 000 Mark aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Bei vorsichtiger Schätzung wird man das wirkliche Mehr aus den Zöllen zwischen 9 und 10 Millionen einzuschätzen haben. Die *Tabaksteuer* läßt vorläufig einen *Mehrertrag* von $1^{3}/_{4}$ Millionen erwarten, die *Branntweinverbrauchsabgabe* eine Mehreinnahme von $2^{1}/_{2}$ Millionen. Das *vorläufige Resultat für die Bundesstaaten ist ein außerordentlich günstiges, wir rechnen an Mehrüberweisungen auf 26 $^{1}/_{2}$ Millionen* Mark. (Hört! hört! links). Die Spannung zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen betrug nach dem Anschlag 30 Millionen, so daß sie jetzt nur noch 4 Millionen beträgt. In dem *Etat für* 1895/96 ist es uns gelungen, das System der Dienstalterszulagen für alle Beamten durchzuführen. Das Reichsamt des Innern beansprucht für Alters- und Invalidenrenten nur $1^{1}/_{2}$ Millionen mehr. Bei der *Verwaltung* des Reichsheeres finden sich *organisatorische Aenderungen*. Bei den *Naturalienverpflegungen* ergiebt sich ein *Minderbedarf* von $15^{1}/_{2}$ Mill. (Hört, hört! rechts.) Das ist ein klassischer Beweis für die traurige und gefährliche Lage der deutschen Landwirthschaft. (Zustimmung rechts.) Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich solche für Uebungsplätze für das schleswig-holsteinische, das sächsische und das württembergische Armeekorps. Bei allen anderen Uebungsplätzen handelt es sich blos um weitere Raten. Für Württemberg ist das Bedürfniß bereits durch die Bewilligung einer Summe von 15 000 Mark zu Vorarbeiten von Ihnen anerkannt. Im *Marineetat* ergiebt sich ein Gesammtmehrbetrag für Schiffe und Armirung in Höhe von 7 Millionen Mk., und zwar werden 2 400 000 Mk. auf das Ordinarium übernommen. Der allgemeine Pensionsfonds erfordert einen Mehraufwand von $6^{3}/_{4}$ Millionen Mk., darunter befindet sich ein Posten von 80 000 Mk., um bedürftigen Offizieren den Umzug nach der Heimath zu erleichtern, ferner ein Posten von 14 000 Mk. für die Hinterbliebenen der bei der Katastrophe der „Brandenburg" Verunglückten. Was die *Zölle und Verbrauchssteuern* betrifft, so basirt die Veranschlagung der Einnahmen auf dem Durchschnitt der letzten 24 Monate ausschließlich August. Dieses System wird man als richtig erachten können, so weit es sich um die Zölle für Kolonialwaaren handelt, die sich nach der steigenden Wohlhabenheit und der steigenden Bevölkerung richtet. Diesen Modus wird man aber *nicht für die Getreidezölle* anwenden können, diese hängen von der Ernte ab. Vielmehr muß man hier einen *dreijährigen Durchschnitt* zu Grunde legen. Die *Tabaksteuer* bringt voraussichtlich einen Mehrertrag von $1^{1}/_{2}$ Millionen Mark, die Zuckersteuer von $1^{2}/_{8}$ Millionen Mark. In diesem Jahre war die Produktion von Zucker eine ganz ungeheure, sie hat betragen nach dem Urtheil von Sachverständigen 17 Millionen Doppelzentner gegenüber 13 Millionen im Vorjahre. Bei der *Börsensteuer* ist der Ertrag größer als erwartet wurde. Bei der *Postverwaltung* sind wir einem lang gehegten Wunsch durch Erhöhung des Gehaltes der Assistenten und Oberassistenten entgegengekommen. Ferner rühren die Mehrausgaben her von der *Durchführung des Dienstalterstufensystems*. Bei den Eisenbahnen erwarten wir einen Mehrertrag von 290000 Mark. Die Matrikularbeiträge übersteigen die Ueberweisungen um 33 Millionen Mark. Man hat nun dieses Resultat als einen Triumph der Etatskünstelei bezeichnet, weil hier das Resultat gleich ist dem Betrage, den die Tabaksteuer einbringen würde. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Wir haben z. B. die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern in anderer Weise veranschlagt als früher und haben dadurch an Einnahmen 8 Millionen Mark mehr herausbekommen, ebenso ist das Veranschlagungsverfahren für die Ausgaben für Naturalien geändert. Dann haben wir einmalige Ausgaben in den ordentlichen Etat diesmal eingestellt, die sonst ins Extraordinarium kamen. Es hat uns also fern gelegen, das Quantum der Matrikularbeiträge nach den Gesichtspunkten zu gestalten, wie sie jene Zeitungsäußerungen darstellen. Der Etat zeigt 2 schwankende Faktoren, einmal die Minderausgabe für Naturalverpflegung des Heeres. Die hierfür angesetzten Ausgaben bleiben weit hinter dem Durchschnitt zurück. Bei den Roggenpreisen muß man zurückgehen auf das Jahr 1864, um sie in dieser Niedrigkeit zu treffen. Jede Erhöhung der Preise, die wir der Landwirthschaft wünschen, weil die jetzigen Preise für sie ruinös sind, würde eine Mehrausgabe von vielen Millionen zur Folge haben. Ein anderer schwankender Faktor liegt in den Getreidezöllen, die von der Größe des Imports abhängig sind. Man muß ferner berücksichtigen, daß wir bis jetzt

keinen Betriebsfonds für die Reichsfinanzverwaltung haben schaffen können und deswegen gezwungen sind, von den Einzelstaaten die Matrikularbeiträge sofort zu erheben, während die Einzelstaaten den Ertrag der Zölle erst im fünften Monat erhalten. Ferner sind noch rückständig 8½ Millionen für die Heeresverstärkung. Außerdem beweist die Erfahrung, daß alljährlich die Ausgaben steigen und zwar in stärkerem Verhältniß als die Einnahmen. Seit 1879 sind die Ausgaben des Ordinariums jährlich um 4 Proz. gestiegen, im Etat von 1895/96 tritt eine Ausgabesteigerung von 32 Millionen ein, der Einnahmeetat dagegen zeigt, abgesehen von den Matrikularbeiträgen und dem Mehrergebniß der Stempelsteuern, nur 10 Millionen Mark. Eine unparteiische Betrachtung des Etats muß zu drei Erwägungen führen: wir stehen vor steigenden Ausgaben, vor schwankenden Anforderungen an die Steuerkraft der Einzelstaaten, vor einer steigenden Verschuldung. Man darf sich keiner Illusion hingeben, als ob nicht auch fernerhin Anleihen würden aufgenommen werden müssen. Aber gerade das muß uns dazu führen, auf irgend einem finanzreformatorischen Wege mindestens die Möglichkeit einer allmählichen Schuldentilgung zu erlangen. Ich bitte, nicht allzu großes Gewicht zu legen auf die Zahl von 33 Millionen Matrikularbeiträgen. Bei einer Finanzreform ist es eine untergeordnete Frage, ob die Spannung 10 oder 30 Millionen beträgt. Ich habe eine Anfrage an die Einzelstaaten gerichtet, wie sich ihre Finanzen stellen, wenn die Ueberweisungen die Matrikularbeiträge nicht decken. Aus Preußen erhielt ich die Antwort: Wir stehen dann vor einem Defizit von 35 Millionen, und einige andere Staaten meinten, sie müßten angesammelte Kapitalien, die zu anderen Zwecken bestimmt waren, für die Anforderungen des Reiches verwenden oder größere Einkommensteuern auferlegen. Das letztere wäre aber eine falsche finanzpolitische Maßregel, denn man käme bald zu einem Prozentsatz der Einkommensteuer, die nicht mehr gesteigert werden kann, und damit käme man im deutschen Reich zu dem Ihnen unsympathischen Wege, der aber bisher in allen Staaten ohne geordnete Finanzwirthschaft eingeschlagen worden ist, daß man nämlich im Moment der Noth zu Staatsmonopolen greift. Der Zeitpunkt steigender Einnahmen ist am geeignetsten für eine Finanzreform. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß sie sich bei sachlicher Prüfung des Etats diesem Gesichtspunkt nicht verschließen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.): Wir sehen, daß der Reichskanzler wohl geneigt ist, gewissen Anregungen, die von meiner Partei in den Vordergrund der politischen Konstellation geschoben sind, entgegen zu kommen. Das freut uns; wir würden an und für sich schon keine Veranlassung haben, dem dritten Reichskanzler anders entgegen zu treten, als dem ersten und zweiten. Wir haben den ersten und zweiten Reichskanzler in wichtigen und tiefgehenden Fragen hart bekämpft, aber wir haben immer verstanden, während dieser Kämpfe doch Objektivität gegenüber den materiellen Bestrebungen der Regierung zu wahren, und es ist der Stolz der Partei, daß in der Hitze dieser Kämpfe wir in der Lage waren, positive Arbeit zu leisten. (Beifall im Centrum). Wir werden in dieser Richtung uns auch dem jetzigen Reichskanzler gegenüber verhalten. Indeß hat die Wandelbarkeit aller menschlichen Verhältnisse und auch der ministeriellen Stellungen in der letzten Zeit sich so klar gezeigt (Heiterkeit), daß der Reichskanzler es uns nicht verübeln kann, wenn wir zunächst abwarten. Wir können nicht allein auf die Worte des Reichskanzlers hin unsere Stellung nehmen, wir sehen uns gezwungen, Thaten abzuwarten. (Zustimmung im Centrum). Nur möchte ich davor warnen, daß man aus dieser unserer Stellung die Folgerung zöge, daß wir minder sparsam in unserer Budgetgebahrung sein werden, daß wir gegen gewisse Bestrebungen entgegenkommender sein werden, als wir es nach gewissenhafter Würdigung und Erwägung sonst für angebracht halten. Wenn man den jetzigen Etat ins Auge faßt, wird man anerkennen müssen, daß die Finanzkunst der Budgetkommission in der letzten Tagung nicht ohne Nutzen war. Man hat das Verhalten der Kommission mit dem Wort „Kunststücke“ bezeichnet, aber diese Kunststücke sind gelungen, und das kann die Kommission nicht davon abhalten, die Kunststücke zu wiederholen (Heiterkeit); insbesondere wenn es sich um neue Steuern handelt. Man wird zugeben müssen, daß dieser Etat vorsichtiger aufgestellt ist als die früheren, und das ist wohl auch der Thätigkeit des Reichstages zu verdanken. Für die Budgetkommission muß die Aufgabe in der Belanzirung des Etats ohne neue Steuern liegen (sehr richtig!) Wenn es uns gelingt, das Plus der Matrikularbeiträge von 33 Millionen auf etwa 10 Millionen herabzumindern, so wird das Bild in den Einzelstaaten nicht so düster sein, und dies kann uns durch die Arbeit der Budgetkommission gelingen. Dann würde eine Tabaksteuer oder überhaupt eine neue Steuer in diesem Jahre nicht nöthig sein. Die wachsenden Schulden sind durch die wachsende Militärlast entstanden. Wenn der Schatzsekretär bei Einbringung der Militärvorlage dieselbe Warnung mit so großem Nachdruck ausgesprochen hätte, wer weiß, ob nicht der Bundesrath uns mit der Militärvorlage verschont hätte. An der clausula Franckenstein wollen wir jetzt nicht rütteln, denn dieses Gesetz hat sich bewährt (sehr wahr! im Centrum). Auch der Marineetat weist erhebliche Neuforderungen auf, und hier befindet sich der Bundesrath im Widerspruch mit dem Reichstag. Der Postetat zeigt wieder die von uns schon früher bekämpften kostspieligen Postbauten, während zu unserem großen Bedauern für die Unterbeamten nichts geschieht. Bezüglich des Kolonialetats fassen wir die kolonisatorische Thätigkeit vor allem als eine civilisatorische auf, und aus diesem Grunde bedauern wir die Vorgänge, welche sich in der letzten Zeit in unseren Kolonien abgespielt haben. Ich kann der Kolonialverwaltung aus dem Verhalten des Disziplinarhofes in Potsdam keinen Vorwurf machen. Redner tritt für eine erhebliche Vermehrung des Dienstpersonals im Reichstage ein. Wir fühlen uns in diesen gewaltigen Räumen nicht gemüthlich. (Widerspruch.) Es würde mehr der Fall sein, wenn weniger Luxus entfaltet wäre. Was nun die Umsturzvorlage betrifft, so müssen wir anerkennen, daß sie den Weg der Ausnahmegesetze verläßt. Freilich haben die Katholiken dabei eine sonderbare Empfindung: mit Halbheiten ist nichts gethan, wenn man die Redemptoristen zuläßt, kann man die Jesuiten auch hereinlassen. (Zustimmung im Centrum.) Zu erwägen ist auch, daß die größte Zahl derjenigen, die wegen Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion bestraft sind, nicht den Gegenden angehören, wo die Sozialdemokratie vertreten ist, sondern den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Pommern. (Heiterkeit.) Es ist besser gethan, wenn man uns die positive soziale Arbeit erleichtert, als daß man gegen die Sozialdemokratie mit Gewalt vorgeht. Wir sind der Wohlthaten der Orden nicht weniger würdig als die Schwarzen in Afrika. Die soziale Gesetzgebung ist noch lange nicht abgeschlossen. Vor allen Dingen wartet die industrielle Bevölkerung seit Jahren auf völlige Durchführung der Sonntagsruhe. Nun und nimmer werden wir den Plänen des Grafen Kanitz und des Abg. Gamp zustimmen. Sorgen Sie zunächst, daß die getreidebauende Bevölkerung nicht von der Börse ausgebeutet wird. Ich hoffe, daß Frhr. v. Berlepsch in der Handwerkerfrage noch recht lange mitarbeitet. Es nutzt nichts, von Christenthum zu reden, man muß auch darnach handeln. In diesem Geiste müssen wir arbeiten. (Beifall im Centrum.)

Ein Vertagungsantrag des Abg. Richter wird abgelehnt.

Abg. **Richter** (Frs. Vp.): Ich nehme an, daß die Etatsvorlage und das ganze Finanzprogramm zu demjenigen gehört, was der Reichskanzler aus dem Inventar seines Vorgängers schon vorbereitet übernommen hat. So ist der Schatzsekretär ja auch in der Lage, dasselbe Programm wie im April heute vor uns zu vertreten. Ich kann mich hier kurz fassen, weil ich zu meiner Freude die finanzpolitischen Ausführungen des Vorredners in allem Wesentlichen unterschreiben kann. Von den 100 Millionen neuer Steuern, die man im vorigen Jahr von uns verlangte, sind 25 bewilligt. Nun wird in der Thronrede besonderes Aufheben davon gemacht, daß man auf 40 Millionen zu Ueberweisungen an die Einzelstaaten verzichtet hat. Dieser Verzicht kann nicht besonders schwer gefallen sein; denn die Steuern dafür haben in diesem Hause nicht einmal auf eine erhebliche Minorität zu rechnen gehabt. Die Balanzirung der Matrikularbeiträge und Ueberweisungen kann ich als wünschenswerthe Regel bezeichnen. Aber um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir uns auf die Weiterbewilligung neuer Steuern nicht einlassen, weil die indirekte Steuerlast seit 1878 bereits in so großem Umfange erhöht ist. Noch weniger können wir gewillt sein, die sogenannte organische Finanzreform herbeizuführen. Die Auskunft des Schatzsekretärs über das laufende Finanzjahr mußte die Probe auf das Exempel machen, ob der Reichstag bei der vorjährigen Etatsberathung richtig gehandelt hat. Die Probe ist glänzend für den Reichstag ausgefallen und hat den Schatzsekretär vollständig ins Unrecht gesetzt. (Zustimmung). Wir haben den Etatsentwurf damals um 22½ Millionen günstiger gestellt durch andere Schätzungen. An keiner einzigen Stelle sind die wirklichen Einnahmen hinter unseren Anschlägen zurückgeblieben. Wir haben damals den Unterschied der „Spannung“ zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen von 52½ auf 30 Millionen Mark gemindert, und trotzdem überschreiten die Ueberweisungen an die Einzelstaaten den Etatsanschlag um 26½ Millionen. (Zustimmung). Diese 26½ Millionen müssen Sie von den übrig gebliebenen 30½ Millionen abziehen, es bleiben nur 4 Millionen „Spannung“ und der Schatzsekretär veranschlagt ja den Ueberschuß dieses Jahres für den eigenen Haushalt des Reiches heute schon auf 5 Millionen Mark. Es ist also nicht nur die Spannung zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen vollständig beseitigt, sondern es ergiebt sich schon jetzt ein Mehr an Ueberweisungen, und dabei pflegt der Schatzsekretär bei seinen Voranschlägen sehr vorsichtig zu sein. Mit einem Wort, es wäre ein kolossaler Reinfall für die Steuerzahler gewesen, wenn wir uns auf jene Pläne eingelassen hätten. (Zustimmung.) Wir hätten den Einzelstaaten 75 Millionen in den Schoß geworfen. Daß die „Spannung“ im neuen Etat zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen von 33½ Millionen ganz genau zusammentrifft mit dem Mehrertrage, den die Regierung von der neuen Tabakfabrikatsteuer erwartet, bleibt doch ein ganz komischer Zufall. (Heiterkeit.) Die Ursachen der „Spannung“ sind einmal die ganz ungerechtfertigte Geringschätzung der Einnahmen insbesondere bei den Zöllen. In diesem Etat entsteht die Frage, warum in einem einzelnen Jahre zwar die Anleihebeträge um 74 Millionen vermindert sind, aber die Summe der einmaligen aus laufenden Mitteln zu deckenden Ausgaben sich um 22 Millionen erhöht? Das widerspricht doch den Ausführungen, die das Reichsschatzamt bei der Berathung der Militärvorlage machte. Auf die großen Kosten für Uebungsplätze ist schon hingewiesen worden, ebenso auf die vielen Kasernenbauten, welche ja nicht mit der Heeresverstärkung zusammenhängen können, weil uns damals gesagt wurde, daß diese Kosten erst im Laufe von 20 Jahren zur Erscheinung kommen würden. Auch der Marineetat weist erhebliche Mehrforderungen auf, zunächst den Betrag von 2½ Millionen, den man nur aus rechnerischer Korrektheit zugesetzt hat. Man hat behauptet, daß im vorigen Jahre 2½ Millionen weniger als gebräuchlich für Marineausgaben auf die ordentlichen Ausgaben verwiesen sind, und man findet gerade in diesem Jahre es für angemessen, es nachzuholen. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat hervorgehoben, daß eine Erweiterung der Kreuzerflotte beabsichtigt ist. Das Eingeständniß war werthvoll. Wir stehen also vor einem Punkte, wo es sich um eine Erweiterung des Marineplans handelt, der über den von 1888 hinausgeht. Heute handelt es sich schon um eine ganze Flotte von kostspieligen Kreuzern. Wenn unsere Marine wirklich im Stande gewesen ist, die Reichsangehörigen im Auslande vor Unheil zu schützen, warum nun der Drang, diese Flotte zu erweitern? Es kann uns doch nicht in den Sinn kommen, eine Flotte zu schaffen, die im Stande ist, in außereuropäischen Gewässern Krieg zu führen. Die Verknüpfung der Kolonien mit den Finanzen in der Rede des Reichskanzlers war besonders bedenklich. Der Reichskanzler spricht von der Kolonialpolitik als einem Einigungspunkte für das Deutsche Reich. Es müßte doch um die Einigung jammervoll bestellt sein, wenn wir dazu dieser Kolonien als eines irgendwie wesentlichen Faktors bedürften. (Sehr richtig! links.) Der internationale wirthschaftliche Wettbewerb war in seiner Größe schon vorhanden vor unserer Kolonialpolitik. Und gar unsere erweiterte Absatzfähigkeit! Wir setzen dort ab, was wir an Zuschuß hinschicken. (Heiterkeit.) Sind mit den überschüssigen Kräften, die die Kolonien aufnehmen können, vielleicht überzählige Lieutenants und Assessoren gemeint? (Heiterkeit.) Deutsche Arbeiter können in den Tropen nicht lange existiren, ohne zu Grunde zu gehen. Was bisher ausgewandert und gesund geblieben ist, kann ein einziges Berliner Haus fassen. (Heiterkeit.) Die Einnahmen unserer Kolonien zeigen nirgendwo die wirthschaftliche Entwickelung, denn sonst wäre es nicht nöthig, den Zuschuß in diesem Jahre um 40 Proz. zu erhöhen. Von der Kulturmission sollten wir gerade jetzt nicht sprechen. (Sehr richtig! links.) Das Centrum sollte doch gerade vom Standpunkte der Missionen erwägen, ob es gesonnen ist, für eine derartige Kulturmission, wie sie jetzt zum Vorschein gekommen ist und sie in militärischen Expeditionen zum Niederhalten der Eingeborenen besteht, noch mehr Geld auszugeben. Haben wir einmal mehr Geld, so ist es für die Aufbesserung unserer Beamten weit besser verwandt als für die Kolonien. Denn Graf Caprivi hatte Recht: Je weniger Afrika, desto besser für Deutschland. (Sehr richtig! links). Wenn künftig wirklich die Finanzen sich verschlechtern sollten, so warten wir es doch ab. Es ist dann immer noch Zeit neue Steuern zu bewilligen. Das in Aussicht gestellte künftige Steigen der Naturalienpreise steht in gewisser Wechselwirkung zu steigenden Einnahmen des Reiches aus dem Getreidezoll. Wenn die Steigerung des Preises herrührt von einem verringerten Angebot heimischen Getreides, so muß mehr ausländisches Getreide angeboten werden, was eine Steigerung der Zolleinnahmen bedeutet. Wir haben auch eine Ersparniß aus dem Fortfall der Zuckerprämien zu erwarten von 10 Millionen Mark. Wie man unter den heutigen Umständen die Tabakfabrikatsteuer empfehlen kann, verstehe ich nicht. Man hat sie allerdings ermäßigt auf 35 Millionen, man hat die Kontrole erleichtert, aber es ist doch nicht zu leugnen, daß sie nicht blos eine schwere Belastung des Konsums, sondern auch eine Gefährdung der ganzen Tabakindustrie in ihrem gegenwärtigen Umfang zur Folge hat. Der Passus in der Thronrede über die Tabaksteuer steht in Widerspruch mit der Einleitung. Man weiß, wie solche Thronreden entstehen: mosaikartig. Der Schatzsekretär hat den Satz über die Tabaksteuer gebracht, der Reichskanzler hat ihn aufgenommen, ohne zu bedenken, daß er mit der Einleitung in Widerspruch steht. Denn die Tabaksteuer belastet doch hauptsächlich die minder wohlhabendere Klasse, auf welche nach der Thronrede zur ausgleichenden Gerechtigkeit Rücksicht genommen werden soll. In der Thronrede ist auch in schönen Worten dargelegt worden, daß es Aufgabe des Staates sei, die wirthschaftlich Schwachen zu schützen. Die Tabakarbeiter stellen aber gerade unter den Arbeitern eine verhältnißmäßig schwache Klasse dar.

Ich gehöre schon 25 Jahre dem Parlamente an, aber ein **Ministerwechsel** unter solchen Umständen, wie er sich zuletzt vollzogen hat, ist mir früher noch nicht vorgekommen. Eine Entlassung des Reichskanzlers und Ernennung des Nachfolgers ist ein Regierungsakt wie jeder andere; er unterliegt daher der Verantwortlichkeit der Minister, welche diesen Akt gegenzeichnen. Die Gegenzeichnung für die Entlassung des Grafen Caprivi und die Ernennung des jetzigen Reichskanzlers hat Minister v. Bötticher vollzogen, ebenso wie Herr von Bötticher dieselbe seiner Zeit bei der Entlassung des Fürsten Bismarck und die Ernennung des Grafen Caprivi vollzogen hat. Die Gegenzeichnung hat nicht blos die Bedeutung einer Legalisirung der Unterschrift der Krone, sondern auch die Bedeutung, daß der Minister die materielle Wirkung dieses Aktes dem Reichstage gegenüber vertritt. Nun liegt es mir fern, die Krone in der freien Wahl ihrer Rathgeber auch nur durch eine Kritik beschränken zu wollen. Aber die Darlegung der Gründe, aus denen sich ein solcher Reichskanzlerwechsel vollzogen hat, ist doch von großer Bedeutung für die Stellung der Volksvertretung zu der neuen Regierung. Denn die Regierung ist doch auf die Parteien des Reichstags angewiesen. Die Gründe des Wechsels waren politischer Natur, aber nicht solche, die mit einer parlamentarischen Entscheidung zusammenfallen. Graf Caprivi befand sich in den wichtigsten Fragen in Uebereinstimmung mit der Mehrheit dieses Hauses. Die Gründe liegen in den Verhandlungen bei der Vorberathung der Umsturzvorlage. Nun ist bekannt geworden, daß Graf Caprivi der Zustimmung des gesammten preußischen Ministeraths mit Ausnahme des Ministerpräsidenten in dieser Frage sich erfreute. Es ist weiter bekannt geworden, daß ihm die Zustimmung der Krone ausgedrückt worden war, ferner bekannt, daß am folgenden Donnerstag die leitenden Minister der übrigen deutschen Staaten ihre Zustimmung zu den Grundlagen dieses Entwurfes aussprachen, und gleichwohl ist am folgenden Freitag innerhalb 24 Stunden der Kanzlerwechsel gefolgt. Man sagt, ein ungeschickter Zeitungsartikel, den der Reichskanzler selbst von sich wies, den er aber zu dementiren nicht entschlossen war, habe den Wechsel herbeigeführt. Nun kann ich mir denken, daß in der Redaktion einer Zeitung ein ungeschickter Artikel einen Redaktionswechsel herbeiführt (Heiterkeit), aber daß ein solcher Artikel in der Politik einen Wechsel herbeiführen kann, vermag ich mir nicht zu denken. Ist vielleicht Herr v. Boetticher, der den Erlaß gegengezeichnet hat, in der Lage, uns triftige Gründe für den Wechsel anzugeben? (Heiterkeit.) Der fernere Wechsel in den Personen preußischer Minister hat sich auch noch insofern unter besonderen Umständen vollzogen, als die Entscheidung der Krone fiel, bevor dies dem dafür verantwortlichen Minister bekannt gegeben war. Unzweifelhaft ist wohl Fürst Hohenlohe bei Ernennung der Minister um Rath gefragt worden. Zweifelhaft ist nur, ob Herr von Boetticher um seine Ansicht zur Sache gefragt worden ist vor der getroffenen Entscheidung. Unsere Minister, die nicht von dem Wechsel betroffen sind, verhielten sich während der Krisis so passiv, als wenn die Sache sie nicht mehr anginge, als ein Kanzlerwechsel in England oder Frankreich, oder wie ein Stabsoffizier sich verhält, bevor die Entscheidung fällt, welcher neue Regimentskommandeur kommt. (Heiterkeit.) Bei diesen Akten trat auch der Chef des Civilkabinets eigenartig in Erscheinung, ein dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten untergeordneter Beamter. Es verträgt sich nicht mit der Verantwortlichkeit, daß in dem Verhältnis von Krone zu Minister, in den persönlichen Angelegenheiten der Minister, der Chef des Civilkabinets, der dem Minister untergebenen Beamte, die Rolle eines Zwischenträgers spielt (Zustimmung). Man muß wünschen, daß der Chef des Civilkabinets nicht wieder eine solche Rolle spielt und der Ministerwechsel sich nicht in Formen vollzieht, welche nur zu leicht an die Ueberbringung der seidenen Schnur in einem Lande erinnern, das auch nicht gerade zu den konstitutionellen Mustern gehört. (Heiterkeit und Beifall.) Gerade in Preußen haben wir im Laufe dieses Jahrhunderts Erfahrungen gemacht, zu welchem Unheil es führen kann, wenn neben den verantwortlichen Ministern ein Zwischen-Regiment sich ausgebildet hat, sei es vom Civilkabinet, vom Flügel-Adjutanten oder vom Hofmarschall. Die vor Kurzem erschienenen Denkwürdigkeiten des Generals von Gerlach geben authentischen Aufschluß über das Unheil, welches solche Zustände herbeigeführt haben. Daß man das Amt des Reichskanzlers mit dem des preußischen Ministerpräsidenten wieder verbunden hat, halte ich für richtig. 1892 habe ich mich gegen die Halbirung ausgesprochen. Aber nachdem diese Verbindung durchgeführt ist, wird umsomehr nothwendig eine Entlastung des Reichskanzlers auf der anderen Seite. Fürst Bismarck hat zwar eine Reihe von Jahren diese beiden Aemter gehabt, aber diese bedeutende Persönlichkeit ist doch selbst in sie hineingewachsen, und auch ihm ist es schwer geworden, und man kann doch nicht leugnen, daß in den letzten Jahren des Fürsten Bismarck eine gewisse Versumpfung in der preußischen Gesetzgebung eingetreten ist. (Unruhe rechts.) Nun, Sie (nach rechts) haben das ja doch selbst im Landtage beklagt. Graf zu Eulenburg hat 1892 erklärt, daß die Vereinigung beider Aemter jede Kraft und Gesundheit zerstören müsse. Fürst Bismarck hat 1884 ausgeführt, daß dem Fürsten Hohenlohe die Kraft und Gesundheit versagt habe, als Staatssekretär des Auswärtigen Amts. Daraus folgerte er damals die Nothwendigkeit der Anstellung neuer Ministerialdirektoren. Bei der Frage der Entlastung hier kann es sich aber nicht handeln um eine Vermehrung Untergebener, sondern um Uebertragung eines Theiles der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf die Minister und Staatssekretäre, indem man ihnen eine selbstständigere Stellung giebt. 1889 hat noch v. Bennigsen mit großem Nachdruck einen verantwortlichen Reichsfinanzminister gefordert, und 1890 hat Hänel gefordert, daß der Reichskanzler keinen Vortrag beim Kaiser halten solle ohne Zustimmung des betreffenden Ressortchefs. Im Jahre 1892, als hier zuletzt die Halbirung der Aemter besprochen wurde, war's wiederum v. Bennigsen, der auf die Forderung der selbständigen verantwortlichen Reichsministerien kam und sie als dringliche Nothwendigkeit hinstellte. Ich glaube, daß diese Zeit jetzt noch mehr gekommen ist. Was nun die Stellung zum Reichskanzler betrifft, so hat man wohl gesagt, man müsse abwarten, was der Reichskanzler vorschlägt und thut. Ich halte das doch für eine Unterschätzung sowohl der Bedeutung des Amtes, wie der Person. Man kommt in ein solches Amt nicht als ein junger unerfahrener Mann von politischer Entwickelungsfähigkeit, sondern in gereiften Jahren. Niemand erwartet eine besondere Erleuchtung durch die Amtsübertragung, sondern man erwartet, daß die Amtsführung sich vollzieht nach Maßgabe der politischen Vergangenheit. Fürst Hohenlohe hat das selbst gefühlt und ist sehr weit auf seine politische Vergangenheit zurückgegangen. Er erwähnte seine Thätigkeit als bayerischer Ministerpräsident. Er hat wohl aus taktischen Gründen das Bedürfniß gefühlt, der Centrumspartei eine beruhigende, ansprechende Erklärung zu geben, denn die Centrumspartei ist ja ausschlaggebend bei uns in vielen Dingen. Zwar hat es auch eigenartig berührt, daß dies der Schluß seiner Rede war. Wir haben uns doch eigentlich mit kirchenpolitischen Fragen hier wenig oder gar nicht zu beschäftigen. Die einzige kirchenpolitische Frage, die hier in der Schwebe war,

die Jesuitenfrage, hat der Fürst aus guten Gründen (Heiterkeit) nicht berührt. Er hat dem Centrum lediglich eine höfliche Verbeugung gemacht, die Centrumspartei hat sie erwidert. (Zustimmung links und im Centrum). Dergleichen habe ich schon sehr oft bei Ministerwechseln beobachtet. (Heiterkeit). Nachher kommts aber ganz anders. (Erneute Heiterkeit). Wir haben ja im Fürsten Hohenlohe hier im Reichstage früher einen sehr liebenswürdigen Kollegen schätzen und achten gelernt. Aber er gehörte der freikonservativen Partei an, und wenn er auch durchaus nicht ein scharf ausgeprägter Charakterkopf ist, wie z. B. Herr v. Kardorff oder Frhr. v. Stumm (Heiterkeit), so haben wir doch zu ihm so viel und so wenig Vertrauen, wie zu jedem anderen Mitglied der freikonservativen Partei, welches als Kanzler berufen wird. Wir haben als neue Kundgebungen des Reichskanzlers die Thronrede und die heutige Programmrede, die ja um so mehr Beachtung verlangt, als sie vorher genau fixirt war. (Heiterkeit). Was er am Eingang sagte, es sei kein Systemwechsel eingetreten, aber er werde nicht alle Wege seines Amtsvorgängers verfolgen, heißt: Derselbe Faden, aber eine andere Nummer. Indeß man weiß nicht, was noch werden mag! Was die Thronrede über die auswärtige Politik enthält, können wir nur unterschreiben. In den Ausführungen über die innere Politik gefällt mir mehr, als was darin steht, dasjenige, was nicht darin steht. (Heiterkeit) Es ist keinerlei Entgegenkommen gegenüber den Wünschen und Verlangen der Agrarier geäußert. Graf Caprivi war unser politischer Gegner. (Widerspruch rechts.) Nun, wir haben sogar die Auflösung deshalb riskirt. Aber er war ohne Falsch und Hinterlist, er verstand es, jedes sich an ihm herandrängende Sonderinteresse zurückzudrängen und das Interesse des Gemeinwohls, wie er es verstand, zu vertreten. In den letzten Tagen des Grafen Caprivi waren die Agrarier auch sehr zerknirscht. (Widerspruch rechts.) Da sandten sie eine Deputation ab, welche „allerunterthänigst" für die „Ausschreitungen", die sich der Bund der Landwirthe hatte zu schulden kommen lassen, erklärte, „die Verzeihung" entgegennehmen zu wollen. Da erklärten sie, daß es ein Unding sei, sich überhaupt der Krone zu widersetzen, und der Führer der Deputation war ein Hauptrufer im Streit für den Antrag Kanitz. Nun glauben sie, ihre Zeit sei gekommen, sie fühlen sich um so mehr oben auf, und es muß ihnen ja zur besonderen Ermunterung gedient haben, daß ein Gegner der Handelsvertragspolitik mit Zustimmung des Fürsten Hohenlohe zum Landwirthschaftsminister berufen wurde. Allerdings haben sie vermißt ein Entgegenkommen in Bezug auf agrarpolitische Wünsche in der Thronrede. Aber die „Kreuzzeitung" hat schon gesagt, daß sie die Dinge genauer kenne, und sie hat ihre Leser damit getröstet, es werde Alles noch nachkommen. Fürst Hohenlohe hat heute gesagt, daß in der letzten Periode unserer Gesetzgebung die Landwirthschaft zu Gunsten der Industrie benachtheiligt sei. Das hat auch schon Herr Miquel gesagt, darum ist es aber auch nicht wahrer. Wenn es wahr wäre, so würde darin eine schwere Anklage gerade gegen den Fürsten Bismarck liegen, denn jeder weiß, wie sehr Fürst Bismarck das besondere Interesse der Landwirthschaft in den Schutzzöllen und Liebesgaben aller Art vorangestellt hat. Was in den letzten Regierungsjahren an wirthschaftspolitischen Gesetzen kam, ist nicht im Interesse der Industrie allein, sondern im Interesse des Gemeinwohls und des gesammten Volkes geschehen, derselben Leute, die auch die Konsumenten für die landwirthschaftlichen Erzeugnisse sind. (Sehr gut! links). Ich warne den Fürsten, den Lockrufen von der agrarischen Seite weiter entgegenzukommen. Den Herren ist mit Kleinigkeiten garnicht gedient (Heiterkeit), die verlangen baares Geld (erneute Heiterkeit), Preissteigerungen für Getreide, Zucker, Schnaps. Dazu ist der Reichskanzler und das Reich nicht im Stande, denn was an einer Stelle gegeben wird, muß an einer anderen Stelle genommen werden. Von agrarischer Seite pflegt man jetzt noch besonders eifrig sich an den Laden zu legen im Kampf für Religion, Sitte und Ordnung. Einem religiösen Mann ist es ganz selbstverständlich, daß er für Religion eintritt ohne Aufforderung einer Autorität. Einem sittlichen und ordnungsliebenden Mann ist es ebenso selbstverständlich, für Sitte und Ordnung einzutreten ohne jedes Entgelt. Die Art aber, wie die Agrarier ihr Eintreten für Religion, Sitte und Ordnung in Verbindung bringen mit ihren besonderen wirthschaftlichen Forderungen, erweckt fast den Verdacht, als ob sie nur gegen Bezahlung für diese Dinge eintreten. Die Herren sind nur nicht einig darin, ob sie ihre Bezahlung für den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung praenumerando oder postnumerando fordern sollen (große Heiterkeit), nach oder vor Erfüllung ihrer wirthschaftspolitischen Forderungen. Der Nährboden des Umsturzes ist die Unzufriedenheit, die sich gegen Staat und Regierung richtet. An dieser Unzufriedenheit ist in hohem Grade die langjährige Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck schuld (Lachen rechts); man verbreitete die Vorstellung, daß der Staat die Macht habe, alle wirthschaftlichen Uebel zu beseitigen, wenn die Berufsklassen nur der Politik des Kanzlers sich anschließen. Wenn dann der Verheißung die That nicht entspricht, so entsteht in weiten Volkskreisen die Meinung, daß nur der böse Wille oder die mangelnde Kraft des gegenwärtigen Staates daran schuld sei. Deshalb hätte ich auch gewünscht, daß die Einleitung der Thronrede anders gefaßt wäre. Die Einbringung der Umsturzvorlage ist eigenartig in einer Zeit, wo gerade die ersten Autoritäten in der sozialdemokratischen Partei daran sind, sich unter einander umzustürzen. (Heiterkeit.) Es ist auch eigenartig, daß diese Umsturzvorlage eingeleitet wird mit einem Umsturz der Minister, die diese Vorlagen ausgearbeitet haben. Ich erinnere noch gegenüber den neuesten Regierungsmaßnahmen an die Worte, die nach dem viel berufenen Artikel der „Kölnischen Zeitung" Graf Caprivi in dem Ministerrath an dem bewußten Freitag gesprochen hat. Er warnte, Forderungen aufzustellen, die scheinbar und doch nur scheinbar den Eindruck großer Festigkeit und Thatkraft erwecken, die thatsächlich jedoch lediglich die bürgerlichen Parteien gegeneinander verhetzen, aber der Sozialdemokratie nutzen. Wir haben auch nicht blos mit einem Umsturz von unten, sondern auch mit einer Gefahr von oben zu rechnen. In der Presse, die sich den rechts stehenden Parteien zurechnet, sind Probleme erörtert, durch einen einseitigen Beschluß der Bundesfürsten das Reichswahlrecht aufzuheben. Solche Artikel sind in der That Aufforderungen zum Staatsstreich, zum Hochverrath. (Zustimmung.) Sie sind aber mit um so größerer Entrüstung zurückgewiesen, als sie in aller Gelassenheit vorgebracht worden, als ob es sich nur um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage handele. Einen ernsteren Hintergrund hat diese ganze Erscheinung bekommen durch dasjenige, was durch jene Artikel bekannt geworden ist über die Sitzung des preußischen Ministerraths, in dem über die Umsturzvorlage berathen wurde. Da hatte Graf Eulenburg nach der „Köln. Ztg." Vorschläge gemacht, von denen ihm von vornherein klar sein mußte, daß sie „weder im gegenwärtigen noch in einem neuen Reichstag Gesetz werden würden", d. h. also, es sind dort Vorschläge gemacht, die überhaupt auf verfassungsmäßigem Wege unter Zustimmung des Reichstags nicht realisirt werden konnten, die ausführbar waren nur im Wege des Staatsstreichs, des Hochverraths, der Revolution von oben. Allerdings heißt es weiter, der preußische Ministerpräsident habe diese Vorschläge nachher zurückgezogen, und thatsächlich ist er aus dem Amte geschieden. Aber es ist doch im höchsten Maß beunruhigend, daß ein konservativer Staatsmann von der Bedeutung, von der amtlichen Stelle sich hinreißen lassen konnte, überhaupt solche Vorschläge im Widerspruch mit dem geltenden Verfassungsrecht zu machen, die überhaupt nur im Wege des Eidbruches realisirbar sind; die geradezu zur Revolution von unten provoziren müssen. (Sehr richtig links.) Gegen den Umsturz von unten ist in der geltenden Gesetzgebung schon in sehr umfassendem Maße gesorgt, gegen den möglichen Umsturz von oben giebt es im deutschen Reich weniger formelle Garantien als in anderen Ländern. Wir sind auf das Vertrauen zu den leitenden Personen angewiesen. Zum Fürsten Hohenlohe, von dem wir in unserer politischen Ueberzeugung abweichen, müssen wir das Vertrauen haben, daß er Recht und Verfassung in Deutschland zu wahren wissen wird, denn beides ist eine unerläßliche Grundlage für eine gedeihliche Zusammenwirkung der politischen Parteien zum Wohle des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Dr. **v. Bötticher**: Ich nehme die Gelegenheit wahr, zu konstatiren, daß ich die Ordre, durch welche Fürst Bismarck von seinen Aemtern enthoben wurde, nicht gegengezeichnet habe, sie ist vom Grafen Caprivi gegengezeichnet. Ich bin damals aus Gründen, die nicht hierher gehören, vom Kaiser von dieser Amtsverpflichtung entbunden worden, für die ich eine Verantwortung nicht übernehmen könnte. Ueber die Gründe, die für die Entlassung des Grafen Caprivi bestimmend gewesen sind, mich zu äußern, lehne ich ab, denn nach der Verfassung hat Se. Majestät den Reichsminister zu ernennen, und jeder im Lande, also auch die Mitglieder des Reichstages haben einfach die Pflicht, von dieser Ernennung Kenntniß zu nehmen. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich bin erstaunt, daß jemals der Zweifel hat auftauchen können, daß der Stellvertreter des Reichskanzlers berufen sei, eine Entlassungsordre zu kontrasigniren, durch die der Reichskanzler entlassen wird, die Meinung, daß der Stellvertreter aufhöre zu existiren, wenn der Reichskanzler aufhört zu existiren, ist grundfalsch. Der Stellvertreter des Reichskanzlers führt seine Funktionen fort, auch wenn der Reichskanzler entlassen ist. Im übrigen gebe ich dem Vorredner zu, daß vollständige Uebereinstimmung zwischen dem Grafen Caprivi und Sr. Majestät bestand. Ich kann also annehmen, daß, wenn sich Abg. Richter an meiner Stelle befunden hätte, er die Kontrasignatur nicht verweigert hätte. Hier ist nicht das Forum, über Vorgänge bei der Entlassung preußischer Minister zu reden, und ich lehne es ab, über diese Vorgänge irgend etwas zu sagen (Beifall rechts). Wenn nun der Vorredner in seiner scherzhaften Weise gesagt hat, daß die Art der Entlassung durch den Chef des Zivilkabinets nicht dem Verhältniß verantwortlicher Minister entspricht, so sage ich, es ist nicht die Gewohnheit preußischer Minister, Sr. Majestät die Formen vorzuschreiben, in denen der Kaiser es für gut befindet, mit ihnen zu verkehren (Beifall rechts). Ueber die Vorgänge in der letzten Sitzung des Ministeriums vor dem Kanzlerwechsel meinerseits Internes mitzutheilen, verbietet mir meine Pflicht. (Beif. rechts.) Ich will nur darüber beruhigen, daß weder Graf Eulenburg, noch ein anderer Minister eine Aeußerung oder eine Perspektive eröffnet hätte, die auf den Staatsstreich hinausliefe. Jedes Mitglied des preußischen Ministeriums, das den Eid auf die Verfassung geleistet hat, wird es ablehnen, eine Politik zu vertreten, die den Staatsstreich zur Folge haben würde. (Beifall rechts.) Wenn Abg. Richter weiter aus jener Zeitungsäußerung geschlossen hat, daß die Vorschläge zum Verfassungsbruch führen mußten, so hat ihm die Phantasie einen Possen gespielt. Der Unterschied zwischen Auflösung und Neuwahl und Staatsstreich ist so exorbitant, daß eine Vermischung der gewöhnlichen Phantasie gar nicht zuzutrauen ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Etatsberathung wird hierauf auf Mittwoch 12 Uhr vertagt

Aus der Provinz Posen.

⊹ **Buk**, 11. Dez. [Jagdunfall.] Auf dem benachbarten Gute Niemierzyce ereignete sich gestern Nachmittag folgender Unglücksfall. Der dortige Rittergutspächter Herr von Sokolowski wollte in der Nachmittagsstunde einen Raubvogel schießen und stellte während eines Momentes sein geladenes Gewehr an einen Baum; durch einen unvorsichtigen Stoß fiel das Gewehr um, und indem der Jäger darnach griff, entlud sich dasselbe, und die ganze Schrotladung ging in den Mund, wodurch das Kinn sowie die Zunge und der Gaumen zerrissen wurden. Der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Wroblewski ordnete die schleunige Ueberführung des so schrecklich Verletzten nach Posen an, und begleitete selbst n ch gestern den Verletzten dahin.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 11. Dez. Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages hat sich heute unter Vorsitz des Abg. Singer konstituirt und tritt am 13. Dez. zur Berathung des Antrages auf Strafverfolgung der sozialdemokratischen Abgeordneten wegen Majestätsbeleidigung zusammen. Abg. Singer giebt den Vorsitz für diesen Fall ab.

Der „Reichsanzeiger" theilt mit, daß der Finanzminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten eine Verfügung an die Direktion der Ostpreußischen Südbahn erlassen haben, nach welcher die Auffassung, daß es der Südbahn nach Kündigung der Prioritätsobligationen I bis III freigestanden habe, die Bedingungen für ein neues Darlehnsgeschäft mit den bisherigen Gläubigern festzusetzen, unzutreffend sei. Die Kündigung der Obligationen sei ausdrücklich zum Zwecke der Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 Prozent genehmigt, die Genehmigung also nicht unbedingt ertheilt. Die Herabsetzung des Zinsfußes dürfe erst mit Ablauf der privilegmäßigen Kündigungsfrist erfolgen, so daß bis dahin 4½ und erst von da ab 4 Proz. den bisherigen Gläubigern uneingeschränkt zustehen. Wenn die Kündigungsbekanntmachung die Abstempelung der Obligationen auf 4 Prozent von der Einlieferung der zu Neujahr fälligen Zinscoupons abhängig mache und von den zur Konversion bereiten Prioritätsgläubigern zugleich den Verzicht auf 4½ Prozent schon ab Neujahr verlange, so könne die Kündigung als rechtlich wirksam nicht angesehen werden.

Bei der heute beendeten Wahl zum Aeltesten-Kollegium wurden gewählt: Direktor Fr. Goldschmidt, Kommerzienrath Emil Hecker, Carl Schwarz, Justizrath Winterfeldt, Julius Reichenheim, Kommerzienrath W. Schütt. Unterlegen sind Adolph Frentzel und Kommerzienrath Ernst Mendelssohn.

[] **Hannover**, 11. Dez. Der Kaiser nahm um 11 Uhr auf dem Waterloo-Platze Parade über die hier garnisonirenden Truppentheile ab. Es fand ein zweimaliger Vorbeimarsch statt. Später trug der Männergesangverein im Schlosse bei der Frühstückstafel Lieder vor; dabei äußerte der Kaiser zu dem Musikdirektor Bünte, er sei zu der Komposition des „Sanges an Aegir" durch den Gesang des Hannoverschen Vereins angeregt worden. Am Nachmittag unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt nach Herrenhausen. Später speiste der Kaiser bei dem Offizierkorps des Königs-Ulanen-Regiments. Der Erbgroßherzog von Oldenburg und General d. K. Graf Waldersee nahmen ebenfalls an dem Diner theil. Bei der Abfahrt des Kaisers war das Regiment vor der mit Magnesium beleuchteten Kaserne aufgestellt. Nach dem Diner besuchte der Kaiser das Theater, woselbst er mit einem dreimaligen Hoch begrüßt wurde, und nahm darauf den Thee beim Oberstlieutenant von Pfuel ein. Auf Allerhöchsten Befehl bleiben morgen die Schulen geschlossen.

München, 11. Dez. Der Prinz-Regent lehnte die von den Fuchsmühler Holzberechtigten nachgesuchte Einwirkung auf den gerichtlichen Entscheid sowie seine lehnsherrliche Einmischung in die Zollerschen Privatrechte ab, doch sagte der Freiherr von Zoller den Fuchsmühler Holzberechtigten thunlichstes Entgegenkommen zu.

Wien, 11. Dez. Der Kaiser empfing heute Nachmittag den russischen Botschafter Fürsten Lobanow zur Entgegennahme der Bestätigung seiner Accreditive in feierlicher Audienz. Darauf empfing der Kaiser den Fürsten von Montenegro in Privataudienz und stattete demselben später in dessen Hotel einen Gegenbesuch ab.

Wien, 11. Dez. Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Ernennung des Grafen von Wolkenstein-Trostburg zum Botschafter in Paris und des Prinzen von und zu Liechtenstein zum Botschafter in Petersburg.

Wien, 11. Dez. Wie das „Fremdenblatt" verläßlich erfährt, ist die Mission des Sektionschefs Wittek in Pest gescheitert, da eine Einigung über die mit der ungarischen Regierung in der Südbahnfrage schwebenden Differenzen nicht erzielt wurden. Sektionschef Wittek ist nach Wien zurückgekehrt.

Pest, 11. Dez. Die heutige Mehrheit des Abgeordnetenhauses bei der Annahme der Indemnitätsvorlage war eine unerwartet große. Politische Kreise betrachten sie als ein Zeichen der Erstarkung und Einmüthigkeit der liberalen Partei in Folge der Sanktionirung der kirchenpolitischen Gesetze.

Rom, 11. Dez. [Deputirtenkammer. Schluß der Sitzung.] Die von Bonghi beantragte Tagesordnung, durch welche der Präsident der Kammer aufgefordert wird, die Schriftstücke Giolittis wieder zuzustellen, damit er denjenigen Gebrauch davon mache, den er verantworten zu können glaube, wurde durch Namensaufruf mit 239 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Der Ministerpräsident Crispi, sämmtliche Minister sowie das Kammerpräsidium nahmen an der Abstimmung nicht theil. Der Antrag Di Nicolo, wonach das Präsidium die Aktenstücke Giolittis der Behörde, welche mit der Untersuchung in dem Prozesse betreffend die Banca romana betraut ist, übergeben solle, wurde mit 217 gegen 29 Stimmen abgelehnt und ein Antrag Cavallotti-Coppino mit großer Majorität angenommen, wonach eine Kommission von 5 Deputirten zur Prüfung der Dokumente Giolittis im Interesse der Ehre und Würde der Kammer ernannt werden soll. Unter großer Unruhe des Hauses geht die Wahl der Kommission vor sich; als Mitglieder der Kommission wurden proklamirt: Carmine, Cavallotti, Chinaglia, Cibraria, Damiani. Die Kommission wird noch heute Abend zu einer Sitzung zusammentreten.

Petersburg, 10. Dez. Heute, am vierzigsten Tage nach dem Tode des Kaisers Alexander, fand in der Peter Paul-Kathedrale eine feierliche Seelenmesse in Gegenwart des Kaisers, der Kaiserin, der kaiserlichen Familie und der Prinzessin von Wales, sowie der hohen Beamten und Würdenträger statt.

Paris, 11. Dez. Die Krankheit Pasteurs hat eine beunruhigende Wendung genommen.

Stockholm, 11. Dez. Der König ernannte den Geheimen Kirchenrath Professor Fricke und Graf Wintzingerode zu Kommandeuren des Wasaordens erster Klasse, sowie Geheimrath Professor Wach und Konsistorialrath Leuschner zu Rittern des Nordsternordens.

Bukarest, 10. Dez. An dem heutigen Jahrestage der Schlacht von Plewna wurden in früher Morgenstunde Salutschüsse abgegeben; später wurde ein feierliches Tedeum zelebrirt, welchem der König, der Thronfolger, die Minister und zahlreiche Offiziere beiwohnten. Nach der kirchlichen Feier defilirten Abtheilungen der Garnison vor dem König. Abends fand im Schlosse ein militärisches Diner statt, zu welchem auch die Militärattachés der auswärtigen Staaten geladen waren.

Bukarest, 10. Dez. Die Kammer begann heute die Debatte über die Adresse an den König. Stoicesco (liberal) griff die gesammte konservative Verwaltung an. Filipesco, der Bürgermeister von Bukarest, sagte, was die Vorfälle in Siebenbürgen anbelange, aus welchem die Liberalen Kapital zu schlagen suchen, so sei er der Meinung, daß man die fremden Staaten auf diskreterem Wege in einer bescheideneren und doch wirksamen Art hätte aufklären sollen.

Telephonische Nachrichten

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 12. Dezember, Morgens.

Der „Lok.-Anz." schreibt: Zur Unterstützung der durch das Erdbeben nothleidenden Italiener wurde gestern hier ein Hilfskomitee gebildet, welchem sämmtliche Direktoren der ersten Bankhäuser, Oberbürgermeister Zelle, Reichstags-Präsident von Levetzow angehören. Den Ehrenvorsitz übernahm der italienische Botschafter.

Auf dem Rangir-Bahnhofe in Gleiwitz brannten nach dem „Berl. Tagebl." ein altes Häuschen nieder. Zwei darin schlafende angetrunkene Schachtarbeiter sind verbrannt.

Der „Lokalanz." meldet aus Prag: In der Strafanstalt zu Bary bei Pilsen fand ein Streitfall statt. Im Verlaufe desselben wurde ein Mann durch einen tödtlichen Messerstich verletzt, einem anderen wurde das linke Auge ausgebohrt.

Aus Paris wird gemeldet: In dem Befinden Pasteurs ist eine Besserung eingetreten.

Die „Voss. Ztg." schreibt aus Brüssel: Der sozialistische Senator Picard beantragte im Senate, die Dotation des Grafen von Flandern zu streichen.

Böhmisch-Leipa, 12. Dez. An Stelle Schmeykals wurde der deutsche Kandidat Bartels nahezu einstimmig zum Landtagsabgeordneten gewählt.

Rom, 12. Dez. In parlamentarischen Kreisen herrscht das Gerücht, der Kammerpräsident Biancheri werde infolge der gestrigen Zwischenfälle demissioniren.

London, 12. Dez. Das Parlament tritt am 5. Februar zusammen. — Im Carlton-Club fand Nachmittags eine Besprechung von Mitgliedern der Opposition statt, wobei die Ansicht durchdrang, daß das Kabinet über der Beantwortung der Thronrede fallen werde.

Sofia, 12. Dez. Die Sobranje nahm gegen die Stimmen der Sozialisten ein Spezialgesetz für die Delikte gegen die Person des Prinzen Ferdinand und dessen Haus an.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1894.

Datum. Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
11. Nachm. 2	768,1	SW l. Zug	bedeckt	— 1,0
11. Abends 9	767,9	SW l. Zug	bedeckt ¹)	— 1,6
12. Morgs. 7	765,5	S l. Zug	bedeckt ²)	— 3,0

¹) Den Tag über Nebel. ²) Starker Nebel.

Am 11. Dez. Wärme-Maximum + 0,9° Cels.
Am 11. „ Wärme-Minimum — 2,0° „

Produkten- und Börsenberichte.

Königsberg, 11. Dezember. Getreidemarkt. Weizen ruhig Roggen weichend, do. per 2000 Pfund Zollgew. 107—108. — Gerste ruhig. Hafer träge, loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 108,00. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 108,00. — Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loko 31, per Frühjahr 32 1/2. — Wetter: Milde.

Danzig, 11. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loko matter, Umsatz 250 Tonnen, do. inländ. hochbunt und weiß 134—137, do. inländisch hellbunt 131—133, do. Transit hochbunt u. weiß 97—99, do. hellbunt 99—101. do. Termin zu freiem Verkehr pr. April-Mai 136—136,50, do. Transit per April-Mai 102—102,50, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 133,00. — Roggen loko matter, do. inländischer 110,00 do. russischer und polnischer zum Transit 72 bis 75,00, do. Termin pr. April-Mai 114,00 do. Termin Transit per April-Mai 80,00, do. Regulirungspreis zum freien Verkehr 110,00. — Gerste große (660—700 Gramm) 114—120. Gerste kleine (625—660 Gramm) 95—98. Hafer inländ. 104. Erbsen inländ. 118—125. — Spiritus loko kontingentirt 50,00, nicht kontingentirt 30,50. — Wetter: Schön.

Bremen, 11. Dez (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Stetig. Loko 5 35 Br.

Baumwolle. Willig. Upland middl. loko 29 1/4 Pf.

Schmalz. Flau. Wilcox 38 Pf., Armour shield 38 Pf., Cudahy 37 1/4 Pf., Fairbanks 30 Pf.

Speck. Matt. Short clear middling loko —, Dezember-Januar-Abladung 35.

Wolle. Umsatz: 231 Ballen.

Hamburg, 11. Dez. (Schlußbericht.) Kaffee. Good average Santos per Dez. 71 1/4, per März 69 1/, per Mai 67 3/4, per Sept. 66 1/4. Schwach.

Paris, 11. Dez. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Dezember 18,40, per Januar 18,45, per Januar-April 18,60, per März-Juni 18,70. — Roggen matt, per Dezember 11,25, per März-Juni 11,75. — Mehl fest, per Dezember 41,40, per Januar 41,75, per Jan.-April 42 10. per März-Juni 42 30. — Rüböl behauptet, per Dezember 48,00, per Januar 48,00, per Januar-April 48,00, per März-Juni 47,50. — Spiritus matt, per Dezbr. 34,50, per Januar 34 75, per Jan.-April 34,75, per Mai-August 34 50. — Wetter: Schön.

Havre, 11. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß unverändert.

Rio 6000 Sack, Santos 23 000 Sack Recettes für 3 Tage.

Havre, 11. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee good average Santos per Dezbr. 91,00. per März 86,50, per Mai 85,75. Ruhig.

Antwerpen, 11. Dezember. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste ruhig.

Antwerpen, 11. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 13 bez. 13 1/8 Br., per Dezbr. 13 1/8 Br., per Januar-März 13 3/8 Br., per September-Dezember 13 3/4 Br. Fest.

Amsterdam, 11. Dez. Bancazinn 38 1/4.

Amsterdam, 11. Dez. Java-Kaffee good ordinary 51.

Amsterdam, 11. Dez. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per März 132,00, per Mai 135,00. — Roggen loko matt, do. auf Termine per März 97, per Mai 98. — Rüböl loko —, per Mai —, per Herbst —.

Petersburg, 11. Dezbr. Produktenmarkt. Talg loko 51,50, per August —,—. Weizen loko 7,75. Roggen loko 5,30. Hafer loko 3,40, Hanf loko 44,00, Leinsaat loko 11,00. — Wetter: Frost.

London, 10. Dez. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Bewölkt.

London, 11. Dez. Chili-Kupfer 41 1/16, per 3 Monat 41 7/16.

Glasgow, 11. Dez. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 42 sh. 5 1/2 d.

Hull, 11. Dez. Getreidemarkt. Englischer Weizen stetig, fremder Weizen ruhig. — Wetter: Trübe.

Liverpool, 11. Dez., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ball. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Dezember-Januar 3 1/64, Januar-Februar 3 1/64 do., Februar-März 3 1/32, März-April 3 3/64, April-Mai 3 5/64, Mai-Juni 3 3/32, Juni-Juli 3 1/8 Juli-August 3 9/64 d. Alles Käuferpreise.

Liverpool, 11. Dez. Getreidemarkt. Weizen 2 d. niedriger, Mehl gedrückt, Mais unverändert. — Wetter: Regenschauer.

Newyork, 10. Dezbr. Visible Supply an Weizen 85 978 000 Bushels, do. an Mais 6 600 000 Bushels.

Newyork, 11. Dez. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 90 000, do. nach Frankreich 7000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 29 000, do. von Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien 61 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents —,— Orts.

Newyork, 10. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 5 3/4, do. in New-Orleans 5 5/16 — Petroleum träge, do. in New-York 5,45, do. in Philadelphia 5,40, do rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per Dez. 89 5/8. — Schmalz Western steam 7,15, do. Rohe und Brothers 7,45. — Mais behauptet, per Dezbr. 55, do. per Januar 53 1/2, do. per Mai 53 3/4. — Weizen willig, Rother Winterweizen 62 1/2, do. Weizen p. Dez. 60, do. Weizen per Januar 60 1/2, do. Weizen Februar 61 1/2, do. Weizen p. Mai 63 1/8. Getreidefracht nach Liverpool 3 — Kaffee fair Rio Nr. 7 16. do. Rio Nr. 7 p. Januar 13,70, do. Rio Nr. 7 per März 13,15. — Mehl, Spring clears 2,55. — Zucker 3. — Kupfer 9,70.

Chicago, 10. Dez. Weizen willig, per Dezbr. 54 1/2, per Mai 59 1/8. Mais behauptet, per Dez. 46 3/4. Speck short clear nom. Pork per Dez. 11,77 1/2.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 12. Dez. Wetter: Leichter Frisch.

Newyork, 11. Dez. Weizen p. Dezember 60 1/2. Jan. 60 3/4 C.

Berliner Produktenmarkt vom 11. Dezember.

Wind: SO., früh — 5 Gr. Reaum., 762 Mm. — Wetter: Frost, schön.

Die in jüngster Zeit entschieden matter gewordene Tendenz des Weltmarktes für Weizen beeinflußt auch unseren Markt recht ungünstig; die entgegenkommenden Offerten des Auslandes schüchtern die Kauflust ein, und das Angebot muß sich, obwohl es gar nicht sonderlich umfangreich ist, doch fortgesetzt zu Konzessionen bequemen. So haben sich die Preise wiederum um ca. 1 M. verschlechtert, ohne daß dies die Kauflust irgendwie anzuregen vermocht hätte. Mehr Beachtung fand Roggen, der im Anschluß an ersteren Artikel zwar auch etwas niedriger einsetzte, später aber annähernd gestrigen Preisstand wieder eingeholt hat; besonders war der laufende Monat ziemlich fest, wohl in Folge des anhaltenden Frostwetters. Gek.: 100 To.

Hafer hat sich kaum verändert; Mai-Lieferung konnte man eher eine Kleinigkeit billiger kaufen.

Roggenmehl war etwas matter.

Rüböl blieb unbelebt; dagegen begegnete Spiritus anhaltend guter Kauflust und zeigt weitere, nicht unwesentliche Besserung. Gek. 80 000 Liter.

Weizen loko 120—140 M. nach Qualität gefordert geringer gelber märkischer 124 M. ab Bahn bez., Dezbr. 134,50—134—134,50 M. bez., Mai 139,25—138,50—139 M. bez.

Roggen loko 112—117 M. nach Qualität gefordert guter inländischer 114—114,50 M. ab Bahn bez., Dez. 114,50—115 M. bez., Mai 118,50—118,25—118,75 M. bez.

Mais loko 112—132 M. nach Qualität gefordert, Dezember 112,50 M. bez., Mai 112,25 M. nom.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 92—175 M. nach Qualität gefordert.

Hafer loko 106—140 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel und guter ost- und westpreußischer 113—125 Mark, do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 113—125 M., do. schlesischer 113—125 Mark, feiner schlesischer preußischer, mecklenburgischer und pommerscher 126—130 M. ab Bahn bez., ordinärer inländischer 108,00—112,00 M. ab Bahn bez., Dezbr. 117,25 bis 117,50 M. bez., Mai 115,00 M. bez.

Erbsen Kochwaare 138—165 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 1[illegible]6—129 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 150—190 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,00—16,50 Mark bez., Nr. 0 und 1: 15,00—13,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,00 bis 15 25 M. bez., Dezbr. 15,75 M. bez., Januar 15,80 M. bez., Mai 16,05—16,10 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 42,5 Mk. bez., Dezbr. 43,2 M. bez., Mai 44,1 M. bez.

Petroleum loko 19,40 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 52,3 M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32 5 Mk. bez., Dezbr. 36,8—37,1 M. bez., April 38—38,2 M. bez., Mai 38 3—38,5 M. bez., Juni 38,6—38,8 M. bez., September 39,7—39,9 M. bez.

Kartoffelmehl Dez. 17,00 M. bez.

Kartoffelstärke, trocken Dez. 17,00 M. bez.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Roggen auf 114,75 M. p. 1000 Kilo, für Mais auf 112,50 M. per 1000 Kilo, für Spiritus (70er mit Faß) auf 36,90 M. per 10 000 Ltr. (N. 8.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1,70 M. 1 France, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 11. Dez.

Amsterdam	2 1/2	8 T.	168,85 bz
London	2	8 T.	$20,40^5$ bz
Paris	2 1/2	8 T.	81,20 B.
Wien	4	8 T.	163,85 bzG.
Italien. Pl.	5 1/2	10 T.	76,00 bz
Petersburg	4 1/2	3 W.	220,50 bz
Warschau	4 1/2	8 T.	220,50 bz

in Berl. 3. Lomb. 3 1/2 u. 4. Privatd. 1 1/2 bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sovereigns	20,35 G.
20 Francs-Stück	16,20 bz
Gold-Dollars	$4,18^{25}$ bz
Amerik. Not. 1 Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,40 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,15 bz
Oestr. Noten 100 fl.	164,00 bz
Russ. Noten 100 R.	221,20 bz
Russ. Not. ult. Dec.	221,25 bz
do. do. do. Jan.	221,50 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	105,90 B.
do. do.	3 1/2	104,10 G.
do. do.	3	95,25 G.
Prss. cons. Anl.	4	105,60 G.
do. do.	3 1/2	104,20 B.
do. do.	3	95,30 bz
Sts.-Anl. 1868	4	
Sts.-Schld-Sch	3 1/2	100,90 B.
BerlStadt-Obl.	3 1/2	101,40 bz
Ostpr. Prov Anl	3 1/2	100,80 bzG.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3 1/2	100,60 bzG.
Pos. Stadt-Anl.	3 1/2	101,50 G.
Pfandbriefe: Berliner	4 1/2	111,80 bz
do.	4	107,30 B.
do.	3 1/2	102,75 G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3 1/2	102,00 bzG.
Kur. u. Neumrk. neue	3 1/2	101,80 G.
do.	4	101,50 G.
Ostpreuss	3 1/2	101,00 G.
Pommer.	3 1/2	101,80 G.
do.	4	
Posensch.	4	102,80 G.
do.	3 1/2	101,20 B.
Schls. ldschl Lt. A	3 1/2	101,40 bz
do.	4	
do. neu do.	3 1/2	101,40 bz
do. do. C.	4	
Wstp. Rittr	3 1/2	101,80 G.
do. neul. II.	3 1/2	101,60 G.
Renten: Pommer.	4	105,00 G.
Posensch.	4	105,00 G.
Posensch.	3 1/2	101,10 bz
Preuss.	4	105,00 G.
Schles.	4	105,00 G.
Bad. Eisenb.-A.	4	105,30 G.
Bayer. Anleihe	4	106,50 B.
Brem. A. 1892	3 1/2	101,75 G.
Hmb. Sts.-Rent	3 1/2	103,60 B.
do. do. 1886	3	93,50 bzG.
do. amort. Anl.	3 1/2	101,75 G.
Meklenb. Anl.	3 1/2	102,20 bzG.
Sächs. Sts-Anl.	3 1/2	
do. Staats-Rnt.	3	94,30 bz

Loospapiere.

Bad. Präm.-Anl	4	141,75 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	146,10 bz
Brnsch. 20 T. L.	—	104,40 B.
Dess. Präm.-A.	3 1/2	
Finnische L.	—	56,75 G.
Freiburger L.	—	28,50 B.
Ham. 50 T.-L.	3	131,75 bz
Lüb. 50 T.-L.	3 1/2	128,25 bz
Köln-M. Pr.-A.	3 1/2	135,60 bz
Mail. 45 Lire L.	—	38,40 G.
Mail. 10 Lire L.	—	14,00 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	24,80 bz
Oest. 1864er L	—	326,25 G.
do. 1858er L	—	333,75 bz
do. 1854er L	4	155,25 bz
do. 1860er L	5	153,20 bz
Oldenb. Loose	3	126,25 bz
Raab-Gratzer L.	2 1/2	96,90 bz
Russ. 1864 Pr.	5	166,60 bz
do. 1866 Pr.	5	152,40 bz
Türkenloose	—	110,00 bz
Ung. Pr. Loose	—	265,10 bz
Venet. Loose	—	24,25 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	50,90 bz
do. 1888	4 1/2	41,00 bz
Bukar. Stadt-A.	5	97,30 B.
Buen. Air. Obl.	5	33,30 bz
Chines. Anl.	5 1/2	102,10 bzG.
Dän. Sts.-A. 86.	3 1/2	100,25 G.
Griech. Gold-A	5	34,00 G.
do. cons. Gold	4	27,20 bzG.
do. Monop-Anl.	4	35,80 bz
do. Pir.-Lar.	5	
Italien. Rente	5	85,70 bz
do. amort.-Rt.	5	79,40 G.
Mexikan. Anl.	6	71,00 G.
do. neue 90er Anleihe	6	69,90 G.
do. 5% E.-B.-A.	5	56,25 bz
Oest. G.-Rent.	4	101,75 bz
do. Pap.-Rnt.	4 1/5	
do. I/I Silb.-Rt.	4 1/5	96,50 bz
do. A/O do.		
Poln. Pfandbr.	4 1/2	68,30 bzB.
do. Liq.-Pf.-Br	4	
Port. A 88—89	—	36,50 bzG.
do. Tabak-Anl.	4 1/2	84,90 bz
Röm. Stadt-A.	4	86,00 G.
do. II. III. VI.	4	81,90 bzG.
Rum. Staats-A.	4	83,70 bz
do. Rente 90	4	84,50 bzG.
do. do. fund	5	102,75 G.
do. do. amort.	5	96,70 bzG.
do. do. 92	5	96,60 bz
Rss. cs. 1880 A.	4	101,70 bz
do. Gd. 1889 A.	4	
do. do. 1890 A.	4	101,90 bzG.
do. cs. E.-B.-O.	4	
Russ 4 2 Staatsrente v. 1894	4	65,80 bzB.
Bodkr.-Pfdbr.	5	114,70 bz
do. neue	4 1/2	103,50 bzB.
Schwedische	3 1/2	100,50 bz
Schw. d. 1890	3 1/2	101,00 bzG.
do. 1883	4	102,30 bzG.
Serb. Gld-Pfdb	5	81,75 B.
do. Rente 84	5	76,30 bzG.
do. neue 85	5	76,20 bzG.
Span. Schuld.	4	73,30 G.
Türk A. 1865 C.	1	29,00 bzB.
do. do. D.	1	25,85 B.
do. Administr.	5	99,00 G.
do. Consol. 90	4	
Ung. Gld-Rent.	4	101,50 G.
do. Kronen-R.	4	94,90 B.
do. Gld.-Inv.-A.	4 1/2	103,40 bzG.
do. Tem-Bg.-A.	5	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2 1/2	74,50 bzG.
Altdamm-Colb	5	114,75 bz
Altenbg.-Zeitz	9,97	
Crefelder	3	84,50 bzG.
Crefld-Uerdng	5	109,75 bzG.
Dortm.-Ensch.	4 3/4	141,25 bzG.
Eutin. Lübeck	1 1/2	51,50 bzG.
Frnkf.-Güterb.	2	85,50 bzG.
Halberst Blank	5 1/4	118,75 bz
Ludwsh.-Bexb.	9 2/3	241,25 bzG.
Lübeck-Büch	6	147,50 bzG.
Mainz-Ludwsh	4 3/4	118,75 bz
Marnb.-Mlawk.	1	81,25 bz
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	102,00 bzG.
Ostpr. Südb.	0	90,60 bz
Saalbahn	0	29,25 bzG.
Stargrd-Posen	4 1/2	102,75 bzG.
Weimar-Gera	0	11,60 bzG.
Werrabahn	$1,_{15}$	60,00 bzG.
Aussig-Teplitz	24	349,00 bz
Böhm. Nordb.	7	
do. Westb.	8	
Brünn. Lokalb.	5 1/2	107,00 bzG.
Buschtherader	10 1/2	
Dux-Bodenb	1 1/4	129,00 bzG.
Galiz. Karl-L.	5	
Graz-Köflsch	6	
Kaschau-Od	4	
Lemberg-Cz	7	
Oester Staatsb	5 3/5	158,75 bz
do. Lokalb.	4 3/4	102,00 bzG.
do. Nordw.	5	
do. Lit. B. Elb.	5 3/4	131,25 bzG.
Raab-Oedenb.	3/4	28,80 bz
Reichenb.-P	4 3/8	
Südöstr. (Lb.)	4/5	44,50 bz
Ungar.-Galiz.	0	
Balt. Eisenb.	0	68,90 B.
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	0	
Kursk-Kiew	$12,_{50}$	
Mosco-Brest	3	74,70 bz
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	70,25 bzG.
Wrsch.-Teres.	5	114,00 bzG.
Wrsch.-Wien.	17 1/2	240,30 bzG.
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	2 1/2	
Canada-Pacif.	5	58,70 bzG.
Gotthardbahn	7	182,90 bz
Ital. Mittelm.	5 2/5	92,75 bz
Ital. Merid.-Bah	6 3/5	122,25 bz
Lüttich-Lmb.	0,8	30,00 bzG.
Lux. Pr. Henri	3	98,30 bzG.
Schweiz. Centr	5	132,90 bz
do. Nordost	5,6	126,50 bz
do. Unionb.	3 1/2	92,90 bz
Westsicilian.	3	57,90 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	5	
Bresl.-Warsch	1 1/2	64 60 bz
Dortm.-Gron.	4 3/4	141,00 bzG.
Paul.-Neu-Rup	5 1/2	
Prignitz	4 1/2	
Szatmar-Nag.	6	
Marienb Mlawk	5	119,50 bzG.
Mecklb. Südb.	—	
Ostpr. Südb.	4 1/2	117,50 G.
Saalbahn	4 1/2	109,50 bzG.
Weimar-Gera	4	93,90 bzG.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Bresl-Warschauer Bahn	5	101,50 bzG.
Gr Berl. Pferde Eisenbahn	4	100,70 bz
Mainz-Ludwh.	4	
do. do.	3 1/2	
Nordd. Lloyd.	4	100,90 bzG.
Oberschl.	3 1/2	101,10 G.
do. (StargPos)	4	
Ostp. Südbahn	4 1/2	
do. do.	4 1/2	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4 1/2	102,50 bz
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr	5	
do. 1891	4	102,75 bzB.
Franz.-Josefb.	4	
Galk. Ludwigsbahn 1890	4	95,90 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	
KronpRudolfb.	4	96,10 G.
do. Salzkammg	4	102,50 G.
LmbCzern. stfr	4	94,60 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	91,80 G.
do. Staats-I. II.	5	111,90 bz
do. Gold-Prio.	4	102,90 B.
do. Lokalbahn	4	101,90 G.
do. Nordwestb.	5	107,25 B.
do. NdwB. G-Pr	5	110,50 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	76,00 B.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Südöst-B. (Lb.)	3	68,50 bz
do. Obligation.	5	106,80 G.
do. Gold-Prior.	4	
Ung Eis-B. G-A.	4 1/2	
do. do. S.-A.	4 1/2	99,50 B.
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo	5	
Gr. Rss. Eis. gar	3	
Ivang.-Dom. g.	4 1/2	105,10 G.
Kozl.-Wor. g.	4	100,10 bz
do. 1889	4	100,40 bz
Ku.-CharAs(O)	4	100,00 G.
do. (Ob) 1889	4	
Kur-Kiew conv	4	100,50 bzG.
Losowo-Seb.	5	100,40 bz
Mosco-Jarosl.	5	
do. Kursk g.	4	
do. Rjäsan g.	4	100,70 G.
do. Smolen. g.	5	102,50 bz
Orel-Griasy c.	4	100,00 G.
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozl. g.	4	100,40 bz
Rjäsan-Uralsk-Obligat.	4	100,00 bzG.
Rjaschk-Mor. g	5	100,90 bz
Rybinsk-Bol.	5	101,25 bz
Südwestb. gar.	4	101,50 bz
Transkauk. g.	3	
War.-Ter. g.	5	102,30 G.
War.-Wienn.	4	103,00 G.
Wladikaw. O. g	4	101,10 bzG.
Zarskoe-Selo	5	
Anat. Gold-Obl	5	93,00 bzG.
Gotthardb. cv.	4	101,75 G.
Sicilian. Gld.-P	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisb.-Obl.	3	51,90 bzG.
Italien. Mittelm.	4	86,25 bzG.
Macedonier	3	61,50 G.
Oeste de Minas	5	78,10 bzG.
Portugies. Obl.	—	62,50 bzB.
Sardinische Obl.	4	71,50 bz
Süd-Ital. Bahn	3	55,80 G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	72,50 bzB.
do. Lit. B.	5	70,25 bzG.
Central-Pacific.	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4 1/2	99,10 bzG.
Northern Pac. I.	6	112,00 G.
do. do. II.	6	86,25 G.
do. do. III.	6	
do. do.	5	30,50 G.
San Louis Franc.	6	101,60 G.
San Louis Franc.	5	88,60 bzG.
do. do. West.	4	60,75 bzG.
Southern Pacific.	6	107,10 G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3 1/2	117,30 G.
do. do. II.	3 1/2	113,00 B.
do. III. IV. abg.	3 1/2	
do. do. V. abg.	3 1/2	99,75 G.
Dsch. Gr. K. VI.	4	104,00 G.
do. do. VII.	4	104,50 G.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	111,80 B.
do. do.	4	102,90 bz
do. do.	3 1/2	100,00 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,60 bz
do. do. (unkündbar bis 1./1. 1900)	4	104,25 bz
do. do. (rz 100)	3 1/2	99,50 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	102,70 bz
do. 42 bis 1900 unkb. Hyp.-Pfdbr.	4	104,40 bzG.
Pomm. Hypoth.-Akt. do. 42 bis 1904 unkb. Hyp.-Pfdbr.	4	103,10 bzG.
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,25 G.
Pomm. Hyp. V. VI.	4	103,10 bzG.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,25 G.
Pf. Sr. III. V. VI. (rz 100)	5	108,50 G.
do. do. (rz 115)	$4,_{5}$	115,90 G.
do. do. X. (rz 110)	$4,_{5}$	112,25 G.
do. do. (rz 100)	4	101,20 G.
Pr. Cent.-P. (rz 100)	4	100,25 G.
do. do. (rz 100)	$3,_{5}$	100,00 bzG.
do. do. kündb. 1900	4	104,70 G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O.	$3,_{5}$	100,00 bzG.
Pr. Hyp.-B. I. (rz 120)	$4,_{5}$	99,90 bzG.
do. do. VI. (rz 110)	5	
do. div. Ser. (rz 100)	$3,_{5}$	100,00 bzG.
do. do. (rz 100)	4	
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4	102,25 bzG.
do. do. do.	$3,_{5}$	99,75 G.
Preuss. Hyp.-V.	4	101,50 G.
Sch. Bod.-Cr. b. 1903	4	103,10 G.
Schles. B. Cr. (rz 100)	4	105,40 G.
do. do. (rz 100)	$3,_{5}$	
Stettin. Nat. Hyp.-Cr. do. do. (rz 110)	$4,_{5}$	
do. do. (rz 110)	4	
do. do. (rz 100)	4	103,00 bzG.

Bankpapiere

Bank f. Rheinl.	6	
B. f. Sprit-Prod. H	4 1/4	71,50 G.
Berl. Cassenver.	5 1/2	126,30 G.
do. Handelsges.	5	15[illegible],30 bzG.
do. Maklerver.	7 1/2	121,00 bzG.
do. Prod.-Hdbk.		
Börsen-Hdlsver.	8	134,50 G.
Bresl. Disc.-Bk.	5	106,70 bz
do. Wechslerbk.	5	103,10 bz
Danz. Privatbank	9	141,50 B.
Darmstädter Bk.	5 1/4	149,60 bz
do. do. Zettel	4 1/3	
Deutsche Bank	8	171,60 bz
do. Genossensch	5	116,00 bzG.
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	126,25 G.
Disc.-Command.	6	208,60 bz
Dresdener Bank	5 1/2	153,50 bz
Gothaer Grundcreditbank	3 1/2	108,10 G.
Königsb. Ver.-Bk	4 1/2	102,10 G.
Leipziger Credit	8	193,50 bzG.
Magdeb. Priv.-Bk	6	112,00 B.
Maklerbank	6 1/2	109,75 bzG.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	151,00 bzG.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	6	122,75 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4 1/2	104,40 bz
Nationalbk. f. D.	4 1/2	127,80 bz
Nordd. Grd.-Crd.	3	108,30 bzG.
Oester. Credit-A.	11 7/8	
Petersb. Disc.-Bk	11 1/5	
do. intern. Bk.	12	
Pomm. Vorz.-Akt	6	121,00 G.
Posen. Prov.-Bk.	5 1/2	108,75 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	140,24 bzG.
do. Cnt-Bd 60 pCt	9 1/2	170,[illegible]0 bz
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6 1/2	125,50 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	5 3/5	115,75 G.
Rh.-Westf.-Bank	3	1[illegible]0,00 bzG.
Reichsbank	$7,^{58}$	158,60 bz
Russische Bank	8	119,20 bzG.
Schaffhaus.-Bk.	6	134,60 bzG.
Schles. Bankver.	5	117,00 bzG.
Warsch. Comerz	10 2/5	
do. Disconto	9 1/2	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	—	205,75 bzG.
Bauges.: Berl.-Charl.	—	809,00 B.
do Neust.	—	85,25 bz
Hann.-St. P.	3 1/2	79,00 B.
Humbldth.	6	
Kurfürst	—	1260,00 bzG.
Moabit	7	140,00 G.
Passage	4	88,00 bzG.
Weissens.	—	712,00 G.
Berl. Elekt.-W.	10 1/2	207,50 bzG.
Berl. Holzcomt.	4	99,50 bz
Berl. Lagerhof	0	89,70 bz
do. do. St.-Pr.	5	119,70 bz
Ahrens Br., Mbt.	0	45,50 bz
Berl. Bock-Br.	4	124,00 bzG.
Königstd. Br.	5	118,30 G.
Landré Br.	10 1/2	195,[illegible]0 bzG.
Münch. V.-Br	3	122,00 bzG.
Patzenhofer Br.	16	273,00 bz
Schultheiss-Br.	12	243,00 bzG.
Bresl. Oelw.	4	85,00 G.
do. Sprit-A.-G.	6 2/3	119,50 bz
Brodfabrik	3	
Butzke Metall	4	167,50 bzG.
Chem. Fab. Milch	10	142,50 bz
Ch. F. Anglo. G.	9	132,50 bzB.
Ch. F. Leopoldsh.	3 1/2	92,00 bzG.
do. St. Pr.	5	122,00 G.
Ch. F. Oranienb.	—	82,00 B.
Ch. F. Union	8	132,00 B.
Danziger Oel	0	93,75 G.
do. St. Pr.	10	108,25 G.
Dtsch. Thonröhr	6	142,75 bzG.
Dynamit Trust.	10	148,40 bz
Egestrff. Salz.	8 1/3	142,00 B.
Gummi Har Wien	20	288,00 bzB.
do. Schwanitz	12 1/2	189,50 B.
do. Voigt Winde	8	138,25 bzG.
Masch.- u. Eisenb.-Bedarfsanst.: Anhalter	—	40,50 G.
Berl. Anh.	7	131,75 bzG.
Bresl. Lnk	7 1/3	160,25 bzG.
do. Hofm.	5	131,75 bzB.
Chemnitz	6	117,50 bzB.
Floether	7	115,50 bzG.
Germ. V.-Akt.	4 1/2	88,75 bz
Görlitz Körn.	10	160,50 bzG.
Görl. Lüdr.	8	154,00 bz
H. Pauksch	3	91,00 B.
Lud. Löwe	18	356,25 bzG.
Pomm. cv.	4	81,50 bzG.
Schwarzk.	12 1/2	238,00 bz
Stett.-Vlk.-B.	7 1/2	126,25 bzG.
Stett. St. Pr.	7 1/2	139,6[illegible] G.
Sudenburg	10	230,[illegible]0 bzG.
Ob.-Schl. Portl.-Cement	2 1/2	100,00 bz
Oppeln. Cem.-F.	4 1/2	116,90 bz
do. (Giesel)	2	98,50 bz
Bresl. Pferde-Bn	7	149,00 bzB.
do. Elektr. Bahn	4,7	
Charlottenburg.	—	123,50 bz
Gr. Berl. Pferdeb.	12 1/2	271,25 bzG.
Posen Sprit-F.	7	
Sächs. Kamg.	3 2/3	80,10 G.
Hb. Pakf. Tr.-G.	0	87,40 G.
Nordd. Lloyd Transp.-G.	3	92,20 bz
Fraust. Zucker	12	96,00 bzG.
Glauz. Zucker	6 1/2	98,00 bzG.

Bergwerks- u. Hüttenges.

Berzelius	9	120,00 bzG.
Boch. Gussstahl	4 1/2	138,00 bzB.
Bonifacius	—	9[illegible],00 bzB.
Concordia	4	118,75 bzG.
Consolidation	8	17[illegible],80 bz
Courl. Bgw.	—	81,50 bzG.
Dannenbaum	3	104,50 bz
Donnersmarck	0	
do. cv.	6	112,60 bzG.
Dtm. Union P. A.	—	57,40 bz
Eschweiler	3	124,25 bzG.
Gelsenkirchen	6	168,00
Hörder Bergw.	0	5,60 G.
Hugo Bgw.	7	167,00 bz
Inowracl. Salz	1	47,25 bzG.
Kölner Bgw.	5	150,50 G.
König u. Laura	4	122,75 bz
do. P. A.		
Lauchham. cv.	4 1/6	82,00 G.
do conv.	5 1/2	110,00 bzG.
Louis. Tief. St.-P.	0	58,25 bz
do. P. A.	0	88,00 bzG.
Marienh. Ktz.	1	51,50 B.
Oberschl. Bed.	2 1/2	74,10 bzG.
do. Eisen-Ind.	3 1/2	84,60 bzG.
Phönix. Lit. A.	6	133,40 bzG.
Pluto	5	136,25 bzG.
do. St. P.-A.	5	
Redenh. St.-Pr.	—	10,60 bzG.
Lit. A.	—	29,25 G.
Rh. Anthr. Nassau	—	79,10 bz
Riebeck Wk.	10	169,90 B.
Schl. Zinkhütte	14	189,80 G.
do. do. St.-Pr.	14	190,75 bzG.
Stolb. Zink-H.	—	34,50 bz
do. St.-Pr.	5	107,00 G.
Tarnowitz L. A.	—	46,00 bzG.
Westf. Un. cv.	6	97,75 bz
do. Pr.	12	161,[illegible]0 bzG.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen